

Volkswacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.
Organ für die Interessen der Arbeiterklasse.

Mit dem illustrierten Unterhaltungs-Blatt.

Die „Volkswacht“ erscheint täglich Abends außer Sonntag mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Weißgerbergasse 64, durch die Post und durch Colporteurs zu beziehen. Preis vierteljährlich 3,10 Mk., pro Woche 25 Pf. Postzeitungskiste Nr. 6683.

Insertionsgebühr beträgt für die fünfgespaltene Zeile oder deren Raum 20 Pfennige, für Vereins- und Versammlungsanzeigen 10 Pfennige. Inserate für die nächste Nummer müssen bis Vormittag 9 Uhr in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 280.

Breslau, Mittwoch, 29. November 1893.

| 4. Jahrgang.

Zur Lage der Gegenwart.

A. R. Es ist wahrhaft eine traurige Zeit, in welcher wir uns gegenwärtig befinden. Allüberall Noth, Elend und Klage und auf keiner Seite Hilfe in Aussicht. Das Meer der Arbeitslosen vermehrt sich, nicht nur weil der Winter wieder da ist, sondern überhaupt schon von Tag zu Tag. In dem Geschäftsverkehr Stodung, Abfluß an Waaren, weniger Nachfrage als Angebot, und in Folge dessen Arbeiterentlassungen in Masse, ohne daß Jemand rügt, was aus diesen wird. Und wo solches nicht stattfindet, da kommt die hohe Politik und bringt Störungen in den Volkerverkehr, ebenfalls unbekümmert um das Wohl des Volkes.

Aber es ist nicht bloß der Lohnarbeiter und der beschäftigungslose Arbeiter, welcher klagt und übergenug Grund zur Klage hat, auch der Kleinhandwerker ist dem Ertrinken nahe und schreit um Hilfe. Alles Erdentliche wird versucht, von da und dort melden sich Heilkünstler um das Kleingewerbe zu retten oder gar wieder „hochzubringen“, doch kein Versuch gelingt.

Und nun regen sich auch die Kleingrundbesitzer, Bauern genannt. Sie sind über und über verschuldet und wissen sich nicht mehr zu helfen. Darum wollen auch sie Unterstützung haben. Natürlich giebt es auch hierfür Vorschläge und weise Lehren in Masse, aber sie erfüllen ihren Zweck ebensowenig wie die für die Arbeiter und Kleinhandwerker.

Was aber sagen unsere hohen Staatsregierungen dazu? Nun, deren Verhalten ist bekanntlich ein zweifaches: zuerst versuchen die von tiefer Weisheit überblickenden hohen Herren einfach jede Nothlage in Abrede zu stellen. Sie wissen und kennen ja alle Verhältnisse aus den sichersten Quellen. Geht es jedoch

endlich mit dem Leugnen nicht mehr, helfen verstopfte Ohren nicht mehr gegen den immer lauter werdenden Nothschrei des Volkes, dann giebt man sich das Ansehen des Wohlwollens und schlägt die Anwendung von Pflästerchen und Wasseruppen vor. Nur für den Mahren und wirklichen Sachverhalt hat man weder Auge noch Verstand. Man will nicht sehen und eingesehen, daß der Capitalismus an allem Elend schuld ist. Woher kommt denn der Lohnarbeiter überhaupt? Doch nur vom rücksichtslos ausbeutenden Privat-Capital. Wer Linaes besitzt, muß sich die Knechtschaft gefallen lassen, muß es nothgedrungen hinnehmen, daß man ihm heute für einen Hungerlohn aufreibende Beschäftigung giebt und morgen wieder theilnahmslos fortschickt. Der Lohnsklave der Nothzeit ist der Gegensatz des Capitalisten und durch diesen L.ingt. So lange demnach der Capitalismus mit seiner Willkür und crassen Selbstsucht herrscht, giebt es keine Rettung, keine Erbsung und kein Heil für den Lohnarbeiter.

Das Kleingewerbe wird unnachgiebig und unrettbar von der Großindustrie verschlungen und vernichtet. Es ist also ebenfalls der Capitalismus, der diese Wirkung ausübt. Wer nicht die Mittel besitzt, um selbst Großindustrieller zu werden und zu bleiben, der kann als Kleingewerbetreibender nicht bestehen, er wird unfehlbar in den Gegensatz hinübergetrieben, d. h. er muß in den Dienst des Capitals treten, von ihm abhängig, Lohnarbeiter werden.

Gleich wie aber der Kleinhandwerker durch den Großbetrieb, wird der Bauer vom Großgrundbesitzer in den Untergang getrieben. Es ist genau dasselbe Verhältniß, nur in anderer Verkleidung. Und so wenig es Rettung giebt für den Einen, eben so wenig ist eine solche möglich für den Anderen unter der Herrschaft des Capitals.

Hier also liegt der einzige und gemeinsame Untergrund, aus welchem alle die bekannten Uebelstände wie Giftpflanzen aus einem weiten und breiten Sumpfe aufschießen. Aber hier Hand anlegen, alle Kräfte in Bewegung setzen, um diesen großen Sumpf zu besseitigen und an dessen Quelle einen festen, gesunden und ergiebigen Boden zu schaffen, das will man nicht, das erlauben die herrschenden Capitalisten nicht.

Das Volk aber, die große Masse, liegt geknebelt durch die Fesseln des Capitals am Boden und findet für ihren Nothschrei kein Gehör.

Wird das für alle Zukunft so fortgehen? Kann es immer so bleiben? Nein! Alles ist dem Wechsel unterworfen. Die Herrschaft des Privatcapitals ist eine Erscheinung, eine Frucht der gesellschaftlichen Entwicklung, ausgehend von einer irrigen Lebensauffassung und darum selbst ein großer Irrthum, der an den Folgen seiner Herrschaft untergehen wird und muß. Das Volk aber werde sich klar bewußt seiner Knechtschaft, seines Rechtes und seiner menschlichen Bestimmung.

Politische Rundschau. Deutschland.

Von der Auflösung des Reichstages spricht der „Berliner Börsen-Courier“. Das ist Unfinn. Eine Regierung, die Steuergesetz, wie den Tabak-Fabrikationssteuer-Entwurf vorgelegt hat, wird sich hüten, die Stellungnahme des Volkes zu diesen Entwürfen herauszufordern, weiß sie doch, daß jetzt die Gegner der Steuerprojecte in weit größerer Anzahl als am 1sten Juni gewählt werden würden. Die Handelsverträge werden übrigens unzweifelhaft angenommen werden. Sollten sie aber abgelehnt werden und sollten auch die

Nach Sibirien verbannt.

Erzählung von Friedrich Thieme.

18

(Nachdruck verboten.)

(Fortsetzung.)

„Eine äußere Allianz ist ja trotzdem möglich, aber nur bei schonender, die physischen Eigenschaften würdiger und die traditionellen Verhältnisse rückföchtiger Behandlung, nicht aber unter einem System, wie es unsere gegenwärtige Regierung beobachtet.“

„Ganz meine Ansicht,“ rief Victor.

„Durch den allgemeinen dauernden Frieden,“ fuhr Felix fort, „wäre dann die Grundlage auch für den gründlichen inneren Um- und Ausbau des Reiches gegeben, doch kommt ein solcher Friede nicht zu Stande — und darauf ist zunächst wohl kaum zu rechnen — so müßte auch ohne dieses Fundament das Reformwerk in Angriff genommen werden; allerdings mit größter Vorsicht und ohne zu große Eile, die leicht mehr Schaden als Nutzen könnte. Vor allem muß sorgfältig zwischen den reifen und unreifen Elementen unterschieden werden. In unseren Nachbarländern, wo die gesammte Bevölkerung — bis auf die nie ausstehende Masse der Indifferenten — politisch reif ist, würden weit weniger Schwierigkeiten zu überwinden sein. Trotz alledem würde, um zunächst der nothwendigen politischen Reformen zu gedenken —“

„Einen Augenblick,“ unterbrach hier Victor den Sprecher. „Sitzt Ihr nichts?“

„Was denn?“ fragte Demidoff.
„Es war mir, als vernähme ich ein entferntes Rufen —“

„Du wirst Dich getäuscht haben,“ erwiderte Baillie.

„Bitte, Felix, fahre —“

„Nin, nein,“ rief Sophia, „seht hör' ich es auch.“

„Ich auch,“ sagte Demidoff. „Was, Teufel ist denn das?“

Wladimir stand auf und öffnete das Fenster. In der Thet drang deutlich ein Geräusch, wie es durch das Varschieren und Schreien einer größeren Menschenmenge entsteht, von der Straße herein.

„Das klingt fast, als käme irgendwo in der Nähe das Publikum aus einem Theater oder Concert,“ sagte Felix, der neben Sidorski getreten war.

In diesem Augenblick vernahm man ganz in der Nähe Competenzsignale und Lommelwirbel, gleichzeitig ertönten laute Rufe, mit Geschrei und Jammern vermischt.

„Alarm!“ rief Victor.

„Feuer, Feuer!“ schrie Helene Wachtet entsetzt, — „gewiß ist Feuer ausgebrochen —“

„Nein, mein Fräulein,“ sagte Wladimir mit einem ernsten Blicke auf die Anwesenden. „Feuersignale sind das nicht — ich weiß jetzt, was dieser Lärm bedeutet, und wenn Sie es gleichfalls wissen wollen, meine Herren, so folgen Sie mir nach dem Balkonzimmer. Vom Balkon aus können Sie die Straße überstrauen.“

„Aber was giebt es denn?“ fragte Helene Wachtet ängstlich.

Der Kaufmann lächelte bitter.

„Ein Schauspiel, das man nur in Rußland genießen kann,“ erwiderte er erregt, „eine Judenverfolgung im neunzehnten Jahrhundert.“

8. Kapitel.

Eine russische Straßenscene aus dem 19. Jahrhundert.

Dem trüben Tage war eine regnerische, stürmische Nacht gefolgt. Ein schneidend kalter Wind wehte unseren Freunden entgegen, als der alte Sidorski die Thür des Balkons öffnete, und tiefe Finsterniß nahm sie auf, als sie nun hinaus auf den geräumigen Vorsprung traten, von dem aus man die Hauptstraße und eine sich rechts abzweigende Nebenstraße zum großen Theil übersehen konnte. Schwarze, dicke Wolken bedeckten den ganzen Himmel, die der Sturm heulend vor sich her trieb und durcheinander peitschte, während ein heftiger Regen mit lautem Getöse auf das Straßenpflaster niederschlug. Gegen eine so ungewöhnliche Finsterniß vermochten die spärlichen Gaslaternen nicht anzukämpfen, ihr Licht leuchtete nur matt durch die Nacht und bildete um jede einen kleinen, trüben erhellten Kreis, außerhalb dessen die Gegenstände plötzlich unsichtbar wurden, wie unter einer Tarnkappe.

„Eine böse Nacht,“ stöhnte Dr. Baillie, der zuerst vorgetreten war, indem er seinen Rockragen emporzog. „Das ist nichts für Sie, meine Damen, ist rathe Ihnen, drinnen zu bleiben.“

Stenervorlagen dasselbe Schicksal theilen, so ist doch die Auflösung kaum zu denken. Das darf uns freilich nicht abhalten, auf der Hut und auf jede Ueberzeugung gefaßt zu sein.

Die sozialdemokratische Fraktion des Reichstages berath in ihren Sitzungen am 23. und 24. November über zwei zu beantragende Gesetze. Der eine Antrag betrifft die Volksvertretung in den Bundesstaaten. Derselbe hat nach dem Beschlusse der Fraktion folgenden Wortlaut:

Einzigster Artikel.
Der Artikel 3 der Verfassung des deutschen Reiches erhält folgenden Zusatz:

Ju jedem Bundesstaat muß eine auf Grund des allgemeinen, gleichen, directen und gehehmen Wahlrechts gewählte Vertretung bestehen. Das Recht zu wählen und gewählt zu werden haben alle über zwanzig Jahre alten Reichsangehörigen ohne Unterschied des Geschlechts in dem Bundesstaate, in dem sie ihren Wohnsitz haben. Die Zustimmung dieser Vertretung ist zu jedem Landesgesetz und zur Feststellung des Staatshaushaltsetats erforderlich.

Der zweite Antrag, betreffend das Recht der Versammlung und Vereinigung und das Recht der Coalition, lautet;

§ 1.
Die Reichsangehörigen ohne Unterschied des Geschlechts haben das Recht, sich zu versammeln. Zur Veranstaltung und Abhaltung von Versammlungen bedarf es weder einer Anmeldung bei einer Behörde, noch einer Erlaubniß durch eine Behörde. Versammlungen und Umzüge, die auf öffentlichen Straßen und Plätzen stattfinden, sind spätestens sechs Stunden vor ihrem Beginn durch den Veranstalter oder Teilnehmer bei der mit der Ordnung des öffentlichen Verkehrs betrauten Ortsbehörde anzugeben.

§ 2.
Die Reichsangehörigen ohne Unterschied des Geschlechts haben das Recht, Vereine zu bilden.

§ 3.
Alle den vorstehenden Bestimmungen widersprechenden Gesetze und Verordnungen, einschließlich derer, welche die Veranstaltung und Vereinigung zum Behufe der Erlangung günstigerer Lohn- und Beschäftigungsbedingungen hindern, untersagen oder unter Strafe stellen, sind aufgehoben.

§ 4.
Wer die Ausübung der in vorstehenden Paragraphen gewährtesten Rechte hindert oder zu hindern versucht, wird mit Gefängniß bis zu drei Monaten bestraft, sofern nach dem allgemeinen Strafgesetze nicht eine härtere Strafe eintritt.

§ 5.
Dieses Gesetz tritt mit dem Tage seiner Verkündung in Kraft.

Petition gegen die Tabak-Fabriksteuer. In Berlin werden Unterschriften für eine Petition aller Cigaretten- und Tabak-Consumenten Berlins an den hohen Reichstag zur Abwehr der von der Regierung eingebrachten Tabak-Fabriksteuer-Vorlage gesammelt. Dieselbe hat folgenden Wortlaut:

- In Erwägung,
1. daß die geplante Tabak-Fabriksteuer in geradem Widerspruch mit den bestimmten amtlichen Erklärungen des Reichsanzeigers vom 19. und des Reichskanzlers vom 23. November 1892 stände, wonach eine solche ausgeschlossen sein sollte,
 2. daß die Folge einer solchen Maßregel für die weniger Wohlhabenden (1/2 der 6-7 Millionen Raucher), die für ihren Rauch mehr als bisher nicht ausgeben können, eine Verschlechterung ihres Tabaks, eine Verminderung ihrer Leistungsfähigkeit wäre,

3. daß durch den von der Regierung selbst auf ein Drittel geschätzten Rückgang des Rauchconsums, sowie den Uebergang tausender von ärmeren Cigaretten-Rauchern zum Pfeifen- und Cigarettenrauchen oder Tabak-Kauen mindestens 50-60.000 Arbeiter erwerbslos würden,
4. daß der ganze Geleientwurf lediglich ein Umweg zum Tabakmonopol ist, von dem das deutsche Volk heute so wenig als früher etwas wissen will,

richten die ergebenst Unterzeichneten an das hohe Haus des deutschen Reichstages die Bitte, derselbe wolle der Tabak-Fabriksteuer-Vorlage, sowie jeder anderweitigen Mehrbelastung des Tabaks seine Zustimmung verweigern.

Den armen „nothleidenden“ Großgrundbesitzern, welche bei Gelegenheit der Berathung der drei kleinen Handelsverträge im Reichstage wieder so gewaltig schreien, um die mittheilsvolle Welt endlich von ihrer „Noth“ zu überzeugen, liest die national-liberale „Straßburger Post“ in durchaus treffender Weise den Text. Sie schreibt:

Graf v. Caprivi hat seine Position für diese Handelsvertragsberathung durch das Gespräch, das er mit Freiherrn v. Manteuffel gehabt hat, nicht eben verbessert, und zwar, je weniger verbessert, desto mehr er dabei im Rechte war, und unter den zahlreichen Gründen, welche die Noth der Landwirtschaft bedingen, einige derjenigen nannte, beziehungsweise andeutete, die hauptsächlich seit Jahrzehnten mehr und mehr die jetzige Lage mit herbeigeführt haben: künstlich in die Höhe getriebene Preise der Güter und in Folge dessen Ueberproduktion der jetzigen Besitzer. Mehr andeutete als direct ausgesprochen scheint der Reichskanzler zu haben. Das sehr viele Vieh zu theuer wirtschafteten und zu kostspielig lebten. Die Preise der Güter sind seit den fünfziger Jahren in den sich besonders in Preußen ein umfangreicher Wechsel in den Besitzverhältnissen vollzog, stetig gestiegen. Schon damals, als ziemlich unvermittelt eine große Anzahl von Rittergütern in andere Hände überging, und vielfach in die Hände jüngerer Offiziere, welche den Dienst quittirt hatten, gingen die Preise sehr über den realen Werth hinaus. Da das Vieh die hauptsächlichsten Güter waren, die in diesen Wechsel hineingezogen wurden, so konnte es nicht Wunder nehmen, daß auf der einen Seite die neuen Besitzer meist nur mit Noth und Mühe sich hielten, um so weniger als sie gewöhnlich herkömmliche Betriebe waren, auf der anderen Seite aber auch die übrigen Güter im Werthe stiegen. Diese Werthsteigerung aber war eine rein imaginäre, da sie nicht erhöhte Ertragsfähigkeit der Güter, sondern nur erhöhtes Kaufangebot zur Ursache hatte. Dabei begann gerade in jener Zeit bei den jüngeren, aus dem Heere kommenden Gutsbesitzern sich in der Geispaunhaltung und der sonstigen Lebensführung vielfach ein Luxus und eine Heppigkeit zu entwickeln, die das Unglück, das mit dem theueren Kaufe und der oft ungenügenden Anzahlung begonnen hatte, im Verein mit mangelhafter Wirtschaftskennntnis vollendete. Prachtvolle Kassenpferde und hochseine Equipagen waren erste Bedingung, während die Ackerpferde oft kaum ausreichende oder genügende, um den Pflug zu ziehen und das Feld zu bestellen. Dementsprechend wurde auch der Haushalt geführt, namentlich, wenn das Gut nicht allzuerweit von einem Garnisonorte lag. Ausflüge und Gesellschaften wechselten ab, und was das Alles kostete, hatte eine stehende Einnahmequelle, nicht aber ein Gut zur Voraussetzung, das zu theuer gekauft war und von dessen Bewirtschaftung der Besitzer, der sich ganz auf Fremde verlassen mußte, oft nichts verstand. Das gewöhnliche Leben war auch nicht der Boden, dieselbe zu lernen. Dazu kam noch ein anderer Umstand. Die Kinder der älteren Gutsbesitzerfamilien wuchsen heran und traten, soweit es Söhne waren, einer alten jaönen Sitte des deutschen, besonders des preussischen Adels folgend, in das Heer. Das legte aber den Eltern um so höhere Opfer auf, als seit den sechziger Jahren, wohl in Folge der beiden Kriege, auch dort die Lebensführung kostspieliger wurde, und mancher bis dahin gut sitzende ältere Gutsbesitzer vermochte nur schwer die Opfer zu bringen, welche der patriotische Brauch ihm auferlegte. (Was die „Straßb. Post“ eine

„alte schöne Sitte“ und einen „patriotischen Brauch“ nennt, war vielfach nur dem Verlangen entsprungen, im Heere zu einem Titel zu gelangen, dessen man nach dem Austritt aus dem Heere zur Hebung der socialen Stellung zu bedürfen glaubte!) So geriethen auch nicht wenige der von Hause aus noch gut gestellten Besitzer in eine finanziell unglückliche Lage, fast alle aber wurden in die kostspieligere Lebensführung mit hineingezogen. Dazu aber reichte das Einkommen der mittleren Rittergüter damals so wenig aus wie heute, und die Wahrung „bistiger zu wirtschaften und zu leben“, ist daher im höchsten Grade angebracht. Es liegt uns natürlich vollständig fern, mit unseren Ausführungen sagen zu wollen, daß wir in den ange deuteten Dingen den alleinigen oder auch nur hauptsächlichsten Grund der Nothlage der Landwirtschaft erblicken; aber dem Anspruch der Agrarier gegenüber, daß alle Interessen des Staates und der übrigen Erwerbszweige den der Landwirtschaft untergeordnet werden müßten, muß denn doch einstweilen gefragt werden, ob die Herren selbst Alles thun, um ihre wirtschaftliche Lage zu verbessern. Daß für eine überschuldeten, in ihrem realen Werthe künstlich viel zu weit in die Höhe geschraubte, in ihrer Lebensführung nicht selten zu anspruchsvollen Landwirtschaft der Staat als solcher einreite, ist doch undenkbar. Der Staat würde sich selbst vernichten, wollte er bei den heutigen Verhältnissen die Landwirtschaft allein bevorzugen, zum Schaden der Industrie und des Gewerbes, deren Blüthe auch die Landwirtschaft zu ihrem Bestande gar nicht entbehren kann.

Diese nationalliberale Philippika wird die Herren Agrarier natürlich ebenso wenig befehlen, wie Alles, was bisher gegen deren unverstämte Begehrlichkeit geschrieben worden ist.

Ein weißer Hade? Als solchen bezeichnet mit Recht das „Bayrisch: Vaterland“ den Reichsrath Grafen von Bred, der freiwillig die Gemeindevollstreckung, Haussteuer etc. an die Gemeinde zahlt, in denen seine Besitzungen liegen. Als Standesherr wäre er dazu nicht verbunden.

Bismarckisch. Hans Blums Schrift über „Das Deutsche Reich zu Bismarcks Zeit“ giebt in einem aus folgendem erstlichen Punkte dem „Reichsanzeiger“ Anlaß zu einer Richtigstellung; der betr. Schriftsatz lautet:

In einer von Hans Blum herausgegebenen Schrift: „Das Deutsche Reich zur Zeit Bismarcks“ befindet sich nach Mittheilung der Bresse eine Darstellung der Vorgänge, welche mit der Entlassung des Fürsten v. Bismarck aus seinen Aemtern im März 1890 ihren Abschluß fanden. Neben manchen anderen, dem wirklichen Hergang nicht entsprechenden Angaben soll in dieser Darstellung die Behauptung enthalten sein: „Der Minister von Boetticher habe Sr. Majestät dem Kaiser gegenüber geäußert: Wenn Majestät dem Großen Friedrich nachstreben, so müssen Sie vor allem den Fürsten Bismarck bescheiden.“ Wir sind zu der Erklärung ermächtigt, daß der Staatsminister von Boetticher eine solche oder eine ähnliche Aeußerung niemals gethan hat.

Der Freiheit Gipfel haben wieder einmal die preussischen Kreuzzeitungsritter erklommen. Man kennt ihren treuen Symerz über das Zurückziehen des Zedligschen Volksschulgesetzentwurfes in der vorigen Session des Abgeordnetenhaus. Jetzt rath die „Kreuzzeitg.“ ihren Mannern, falls die Regierung nicht einen Entwurf à la Zedlig, d. h. der die Schule noch mehr als jetzt unter die orthodoxe Fuchtel stellt, einbringt, selbst einen Initiativantrag in dieser Richtung einzubringen. Und woraus schöpfen Herr von Hammerstein und Consorten ihren Mannesmut? „Die Wahleg, so verkünden sie, — d. h. die preussischen Landtagswahlen — haben unwiderleglich dargethan, daß die weitaus

„Du hast recht,“ bekräftigte Victor lachend, „einen Schimpfen wird's mindestens abgeben.“

„Nah“, machte Helene, die nun wieder ganz müthig wurde, „wir gehen nicht zu denen von Zimperlich; kommen Sie, Sophia.“

Lebhaft ergriff sie den Arm der Tochter des Haujes und beide drängten sich, jede ein Tuch wie eine Kapuze über den Kopf gezogen, hinter den Männern an die Ballustrade heran.

Siborski's Haus lag an der Ecke einer ziemlich abgelegenen, fast ausschließlich von Handelsleuten bewohnten Straße, welche größtentheils von jüdischen Familien, armen wie reichen, bewohnt wurde. Der Kaufmann hatte, dieses Umstandes gedenkend, sofort die Ursache des ungewohnten nächtlichen Lärmens richtig errathen, obwohl das Viertel bisher nicht der Schauplatz von nächtlichen Massenveranstaltungen geworden war, die sich von den mittelalterlichen Judenverfolgungen nur dadurch unterschieden, daß dort der Verfolger der irreführenden Fabel war, während in unserem Falle die Abgesandten des Staates und der Regierung die unglücklichen Israeliten vor sich her trieben.

Das Verfahren war stets dasselbe. Ohne eine Ahnung des nahenden Unglücks saßen oder schliefen die Juden, Männer, Weiber und Kinder, in ihren Wohnungen — da schreuten plötzlich Trommel- und Hornsignale sie auf, derbe Fäuste donnerten an Thüren und Fenster, Alarmhüße hallten durch die Nacht.

„Juden heraus!“ schrien hunderte von rauhen

Stimmen, die der Kosaken, welche die Straße oder das Quartier umstellten hatten. Ein lautes Wehgeschrei aus dem Innern der meist armen Häuser klang als Echo zurück; die Männer flüchten, die Weiber und Kinder jammerten. Alles rannte durcheinander und suchte nach einem Versteck oder hoffte durch schnelle Flucht den Händen der Angreifer zu entkommen. Bald entwickelte sich ein Schauspiel, das in seiner Furchtbarkheit jeder Beschreibung spottet. Hier donnerte ein Unteroffizier seinen Leuten eilige Commandos zu, hier trieben Soldaten eine Anzahl halbnaekte Unglückliche vor sich her, denen die Todesangst auf dem bleichen Gesicht geschrieben stand, während ihre jasadischen Verfolger drohend ihre Waffen schwingen und sie durch Befehle und Flüche zum Stillstehen aufforderten, hier wieder irrite schreiend ein junges Mädchen durch die Nacht, den Körper lose in einem rajch übergeworbenen alien Mantel gehüllt und beide Hände fest auf der unbedeckten Kopf gepreßt, um ihn gegen den eiskalten Regen zu schützen, dort ließen Kinder freischend durcheinander, wieder in einem anderen Theile der Straße transportirte eine Kosakenabtheilung beim Scheine der Fackeln ein paar Duzend Geplagter, die mit Stricken neinandergefesselt waren und die, fast alle nur nothdürftig bekleidet, vor Kälte zitterten — dazwischen aber schlug prasselnd der Regen und tobte und raste der Herbststurm, als fänge er ein grauenhaftes Hohnlied auf die Humanität und das Christenthum.

Unsere Freunde hörten mehr, als sie sehen konnten, aber selbst das wenige, was sie wahrzunehmen ver-

mochten, flößte ihnen Entsetzen ein. Ergrimmt ballten die Männer ihre Fäuste, indeß die jungen Mädchen sich weinend umschlungen hielten.

„Sind das Christen — kein, auch nur Menschen?“ ergrünte sich der junge Student, dessen Temperament ihn ein solches Bild nicht lange schweigend ertragen ließ. „Dürste ich zwischen sie, wie wollte ich ihnen Erbarmen und Gerechtigkeit lehren!“

„Sie dürften Dir eine Antwort geben, die Dir nicht gefallen würde,“ antwortete Felix düster. „Doch das ist kein Anblick für Ihre Augen, meine Damen,“ sagte er ernst, sich nach den jungen Mädchen hinwendend. „Und auch wir Männer haben genug geschaut, um Zeit unseres Lebens daran zu denken.“ — „Komm, mein Lieb,“ legte er sanft hinzu, seiner Braut den Arm bietend, doch sie, statt zu folgen, zeigte aufgeregt nach der Straße und rief in erschrecktem Ton:

„Sieh da, Felix, o sieh!“
„Was meinst Du?“
„Siehst Du nicht — dort — bei der Laterne — das arme Weib!“
„Wo?“
„Dort — hier — ach, sie flieht bisher zu uns! O rette sie, Vater, rette sie,“ rief das schöne Mädchen flehend, „stoße sie nicht zurück in das schreckliche Gland der Sturmnacht!“

(Fortsetzung folgt.)

überwiegende Mehrheit des Volkes einem Volksschulgesetz auf christlicher Grundlage durchaus sympathisch gegenübersteht, . . . über die Stimmung im Lande kann in dieser Frage kein Zweifel mehr bestehen."

Weil die preussischen Conservativen den Liberalen einige Landtagsitze weggenommen haben auf Grund eines Wahlrechts, das schon Bismarck das „elendeste aller Wahlsysteme“ nennt, das seitdem noch weit mehr zu Gunsten der Reichen ausgestattet wurde, von dem sich die größte Partei Deutschlands, die Socialdemokratie, mit Eklat abgewandt hat, weil die breiten Volksmassen durch dasselbe gänzlich ihrer Rechte beraubt sind — darum sieht, nach der christlich-ehrliehen „Kreuzzeitung“, die weitaus überwiegende Mehrheit des Volkes einem erreactionären Volksschulgesetz „sympathisch“ gegenüber!

Für solche ans Idiotische grenzenden Frechheit bedarf es keiner weiteren Kränkel. Doch es ist noch besonders erheiternd, daß auch die Centrumpresse, auch die „demokratische“ Richtung in ihr, der „Kreuzzeitung“ vollständig beipflichten.

Die Herren von Hammerstein und Dr. Bachem passen sehr gut zusammen in puncto — Volksbeschwindeln!

Die erste Verurteilung wegen Caprivi-Beleidigung. Aus Dortmund wird dem „Vorwärts“ telegraphirt: „Die Strafkammer in Hagen hat Genossen Bloch, früheren verantwortlichen Redacteur der rheinisch-westfälischen „Arbeiter Zeitung“, wegen Caprivi-Beleidigung zu sechs Wochen verurtheilt. Vier Wochen davon wurden als durch die Untersuchungshaft verbüßt von der eben ausgesprochenen Strafe in Abzug gebracht.“

„Die Culturansgaben leiden nicht“. Man schreibt: In Düsseldorf besteht eine Kunstgewerbeschule, für deren Unterhaltung Staat und Stadt zu gleichen Theilen beitragen. Für das Etatsjahr 1894/95 war eine Erhöhung der Kosten zur Unterhaltung der Anstalt um 1130 M. erforderlich. Die Stadtverordneten-Versammlung bewilligte den auf die Stadt entfallenden Antheil unter der Bedingung, daß der Staat gleichfalls die Hälfte besteuere. Der Minister für Handel und Gewerbe erklärte aber, daß er die 565 Mark nicht anweisen könnte, weil er keine Mittel hätte. Also 565 Mark für eine Kunstgewerbeschule, deren Unterhaltung dem Staate verträglich in Gemeinschaft mit der Stadt obliegt, kann der preussische Minister für Handel und Gewerbe nicht aufbringen! Die Düsseldorfer Stadtverordneten haben nunmehr beschlossen, an den Ausgaben so viel wie möglich zu sparen, und das Schulgeld für das Winterhalbjahr von 10 auf 15 Mark zu erhöhen. — Für zwei Kasernen, die in Düsseldorf gebaut werden, sind 2 358 000 Mark in Aussicht genommen, und der Militär-Stat weist eine ganze Reihe Offizier-Speiseanstalten auf, die gebaut werden sollen. Dafür ist Geld reichlich vorhanden, aber 565 M. für eine Kunstgewerbeschule sind nicht aufzutreiben!

Großer Jubel herrscht unter den Cartellbrüdern in Nürnberg über den Durchfall der Socialdemo-

kratei bei den Gemeindevahlen Der „Augsburger Abendzeitung“ wird von dort geschrieben:

„Es läßt sich gar nicht beschreiben, wie sehr die Bürgerkassirer freut ist, daß die Socialdemokraten total unterlegen sind. Auch bei den Reichsverwaltungswahlen steuten die, von der deutsch-reisinnigen und nationalliberalen Partei vorgeschlagenen Candidaten.“

Die große Freude zeigt eben die ganze politische Schwachköpfigkeit des mit „Bürgerchaft“ bezeichneten Mischmasches. Die socialdemokratischen Stimmen sind seit der letzten Wahl von 600 auf 1300 Stimmen angewachsen. Gäte Nürnberg in Bezirkswahl über die getrennte Liste abstimmen können, wären so wie so einige Socialdemokraten gewählt worden. Bei einigermaßen politischem Anstand der sogenannten „besseren“ Nürnberger müßte das Resultat der Wahl als ein Stückchen Gewalttherrschaft bezeichnet werden, die nicht werth ist, einen einzigen Tag zu bestehen.

Ueber Soldatenschinderei weiß die „Eberfelder Freie Presse“ aus Metz zu berichten. Das Blatt schreibt: Sie merken es, die Herren Solvatenchinder, daß sie beobachtet und ihre Thaten öffentlich besprochen werden, aber sie können es nicht lassen und prügeln weiter. Ein Wachtmeister des hiesigen Artillerie-Regiments Nr. 24 glaubte dieser Tage einen reuterkranken Soldaten dadurch curiren zu können, daß er ihm drei Mal mit voller Wucht ins Genick schlug, gerade dahin, wo der Soldat mit einem Geschwür behaftet war. Daß der rohe Drillmeister mit voller Ueberlegung handelte, ging daraus hervor, indem er dem vor Schmerzen schreienden Soldaten, er habe am Hals ein Geschwür, zurief: „das weiß ich“. Aber der Bandale mußte auch sehr gut, wie das Publikum über solche Mißhandlungen der Söhne des Volkes denkt, dem einen anwesenden Rekruten, der jedoch als dienstuntauglich erklärt und im Begriffe war, nach seiner Heimathstadt Eberfeld abzureisen, sagte er, er solle zu Hause ja nichts davon sagen, was er jetzt gesehen habe, denn das würde bestraft.

Also wir sehen hier wieder, daß die Soldatenschinder mit voller Ueberlegung handeln und sich dadurch vor Strafe gesichert wännen, daß sie den Soldaten mit Strafe drohen, falls sie etwas davon in die Oeffentlichkeit kommen lassen.

„Es ist ein klein Paris . . .“ Von der Universitätsbehörde in Leipzig wurde dieser Tage ein zweiter, aus Magdeburg stammender Student der Medicin wegen Zusammenwohnens mit einem Mädchen relegirt.

Ausland.

Oesterreich-Ungarn.

Folgende österreichische Censurbliithen finden wir in der Wiener „Arbeiterzeitung“:

Wir sind mit dem „Vorwärts“ vollständig darin einverstanden — — — Confiscirt! Confiscirt!

— — — Unterdrückung.

Und wenn heftige Worte fallen, so werden — Confiscirt! Confiscirt! — — — mehr Maß halten im Predigen der Mäßigung.

Wie die Polizei — — — Confiscirt! Confiscirt! — — selbst die Auebeutung.

Wer könnte es den Arbeitern verübeln, daß — Confiscirt! Confiscirt! — — — an ihrem Leben erdulden mußten.

Und in der That, diese Regierung ist — — — Confiscirt!

Herr von Plener — — — Confiscirt! Confiscirt! — — sein

Hat zum Beispiel ein Arbeiter drei Söhne, so kann er — — — Confiscirt! Confiscirt! — — die drei Dienstjahre gewesen!

Mit welchen einfachen Mitteln — Confiscirt! Confiscirt! — Unbezahlpbar! Unersegllich!

Ja, wir grüßen Sie, Herr von Plener. Wir grüßen Sie — — — Confiscirt! Confiscirt! — „fiß auf Plener!“

Italien.

Es steht mehr auf dem Spiele als ein Ministerium — rief Giolitti in dem italienischen Parlament aus, als er sah, daß sich der Sturz nicht länger aufhalten ließ. Giolitti hat Recht. „Es steht mehr auf dem Spiele als ein Ministerium“ — nämlich der Dreibund, und mehr als der Dreibund — nämlich die herrschende Gesellschaftsordnung.

Giolitti ist nicht über eine bestimmte Frage gestolpert, er ist in dem Sumpf eines Systems versunken — einem politisch-finanziellen Collectivsumpf, in dem alle Schmutzjauche der modernen Gesellschaft zusammen-gelassen ist, und von dem aus sie Fäulniß und Verderbtheit brütend, über das ganze Gesellschaftsgebiet wie über ein Rieselfeld geleitet wird.

Herr Giolitti ist Panamist — aber sind nicht noch auch andere Panamisten? Ist er schlechter als die anderen? Ist er nicht eher noch besser, inwiefern er wenigstens einen, wenn auch schwächlichen und kaum sehr ehrlichen Versuch machte, den Schleier des Panamageheimnisses zu lüften?

Herr Giolitti hat die politische Corruption gepflegt. Aber haben das die Anderen nicht auch gethan? Noch schamloser gethan als er?

Er hat die Schulden des Landes vermehrt. Aber das haben die Andern auch gethan. Den Rath hat er nicht gehabt, mit der Dreibundspolitik zu brechen. Aber die Andern auch nicht. Er hat nicht die Axt an den Gistbaum des Militarismus gelegt. Aber die Andern auch nicht.

Und, was die Krise besonders gefährlich für die Monarchie macht — alle Späßen in Rom und dem übrigen Italien pfeifen es von den Dächern, daß Giolitti nur das Sprachrohr des Königs war, der, trotz seiner körperlichen Hinfälligkeit, einen großen Ehrgeiz und zähen Willen besitzt und eine heutzutage sehr gefährliche Neigung zum persönlichen Regiment.

Bis jetzt verdeckte er sich hinter Giolitti, der tapfer die Liebe hinnahm, die einem Höheren galten. Herr Crispi, der nun, wenn auch nicht unmittelbar, an die Regierung gelangen wird, hat diese Selbst-aufopferung nicht. Er ist ein „treuer Vasall“ im Sinne seines deutschen Campans.

Wie das enden wird? Die Tage des Dreibundes sind gezählt. Die Last des importirten deutschen Militarismus ist für die italienischen Schultern zu

Der Rettungengel.

Erzählung aus dem amerikanischen Farmerleben von K. Otto-Walster.

Kachdruck verboten.

(Fortsetzung).

„Du hast mehr gethan, als ich gewünscht hätte, Heber Vater“, erwiderte Annie mit fast tonloser Stimme.

„Na ja“, schmunzelte der Farmer selbstzufrieden und ohne die Antwort der Tochter in ihrer vollen Bedeutung zu erkennen, „mit dem Bräutigam wäre ich am Ende billiger gefahren, denn er scheint Dich sehr ins Herz geschlossen zu haben, was bei einem so stattlichen, lästigen Mädchen, wie Du bist, wohl selbstverständlich ist, aber der Vater ist ein Geldmensch durch und durch, halber Millionär, wie ich mir sagen ließ, und da muß man sich nicht lumpig zeigen, zumal er mich in Geschäfte einführen will, durch die man zehnmal mehr verdient, als durch die mühselige Farmerei. Es war nothig, daß einmal ein Mann hierherkam, der uns der Sorgen und Mühen überhebt, unsere Kornfrüchte selbst auf den Markt zu bringen, und mit den ewigen Preisschwankungen zu rechnen versteht. Mit der ganzen Nachbarschaft auf Meilen in der Runde hat er die Lieferungsverträge abgeschlossen, und von hier geht er weiter ins Land, ich aber verbleibe als sein Vertreter, werde auch so ein Art Kaufmann nebenbei, und wenn's halbwegs gerade läuft, wird sich meine Tochter nicht vor den großen

Damen von Chicago, Omaha oder St. Paul zu verrecken haben. Was meinst Du Mädchen? wirst mir doch nicht stolz werden? Das heißt: stolz darfst Du schon sein, nur nicht zu vornehm für uns. Aber hei da blasen die Musikanten schon den Willkommensch. Dein Bräutigam hat sich zeitig auf die Beine gemacht, scheint sehr ungeduldig zu sein, kann mir's wohl vorstellen, bin ja auch so gewesen, wenn ich so ein schmutzes . . . na, Mutter, da hätte ich Dir ja beinohne Unrecht gethan . . . aber jetzt spaltet Euch Kinder, macht Euch fertig, daß beim Frühstück kein Aufenthalt ist, wäre ein böses Omen. Also tummelt Euch seid munter, seid lustig, heute ist Hochzeit, kommt gewiß in diesem Jahre nicht zum zweiten Male vor, ich meine bei uns.“

Damit ging er die Fremden zu begrüßen. So lustig hatten den Farmer die Seinigen seit Jahren nicht gesehen.

„Ich muß gehen und nachsehen, ob Alles in Ordnung ist“, meinte die Mutter, indem sie auf die Tochter zutrat; und, ihr die Stirne küßend, fügte sie hinzu: „Theuerstes Kind, es ist vielleicht für eine längere Zeit das letzte Mal, daß ich ein Wort mit Dir ohne Zeugen sprechen kann. Nimm meine heißesten und besten Wünsche für Dein ferneres Wohl; gewiß, Annie, Du wirst glücklich sein, habe nur den guten Willen es zu sein.“

Das Mädchen ließ die Stirn sinken und blickte laullos auf die im Schooß gehaltenen Hände. Raum hatte die Mutter jedoch die Thüre hinter sich geschlossen,

als sich der langverhaltene Schmerz in lautem, krampfhaftem Weinen Luft zu machen versuchte.

Da erhob sich in einer Ecke des Zimmers ein kleines Mädchen von kaum 7 Jahren, ein kleiner Engelskopf mit langen goldblonden Locken.

„Ach meine liebe, beste Annie“, rief es, auf die von Thränen überströmte Schwester zueilend, „weine doch nicht! Nicht war, der Vater ist garstig und die Mama ist nicht gut, nicht so gut wie immer, sonst würdest Du nicht weinen? Sie lieben Dich wohl nicht mehr, weil sie Dich fortschicken? ach wie ich böse auf sie bin. Aber ich lasse Dich nicht von hier weggehen, oder ich gehe mit Dir, da mögen sie sehen, wie sie ohne uns auskommen. Nicht wahr, wenn Deine kleine Lizzie mit Dir geht, wirst Du nicht mehr weinen?“

„Ach, meine arme, arme, kleine Lizzie, an Dich hatte ich bei meinem größeren Schmerz noch kaum gedacht. Ja, auch von Dir muß ich scheiden.“

„Scheiden? das heißt wohl fortgehen? aber ich lasse Dich nicht weggehen, nein, nein, ich lasse Dich nicht.“

„Du mußt, mein armes Schwesterchen, Du mußt, wie ich auch muß. Ich bin verkauft, hörst Du? ich bin verkauft, und einstmals, fürchte ich, werden sie Dich auch verkaufen.“

„O, ich, ich werde mich aber nicht verkaufen lassen, am allerwenigsten wenn ich so groß geworden, wie Du, Annie.“

(Fortf. folgt.)

schwer. Es bereiten sich gewaltige Aenderungen vor. Das Volk, auf dessen Rücken diese ungöttliche Comödie schändlicher Geschäftspolitik Jahrzehnte lang gespielt worden ist, beginnt sich zu regen, ein Auf, und die Comödie ist aus.

England.

Im englischen Unterhause theilte am Freitag der Staatssecretär für Irland, Morley, mit, er beabsichtige im Anfang der nächsten Session die Niederlegung eines Untersuchungsausschusses bezüglich der Handhabung des irischen Bodengesetzes zu beantragen. Der Premierminister Gladstone erklärte, wenn das Marinebudget dem Hause vorgelegt werden würde man finden, daß der weitere Bau von Schiffen frühzeitig begonnen werden solle und zwar mit neuen Bestimmungen zur Vermeidung eines Aufschubes in der Ausführung und gleichzeitig zur Förderung der Vollendung der bereits beorderten Schiffe. Was seine Bemerkung über die Aufrechterhaltung der Suprematie der britischen Marine angehe — oder besser gesagt der relativen Stärke der Flotte — so habe er auf die Zukunft hingewiesen, ohne irgend welchen Unterschied zwischen der unmittelbaren und entfernten Zukunft zu machen, und auch auf die Gegenwart.

Der Präsident der Localverwaltung, Fowler, erklärt, die Regierung sei nicht befugt, zur Beschäftigung von Arbeitslosen Bauern anzuordnen oder den Localbehörden zu befehlen, solche vorzunehmen. Keir Hardie ist durch diese Erklärung nicht befriedigt und verlangt die Erlaubnis, die Vertagung des Hauses zu beantragen, um die Aufmerksamkeit auf die Frage der Arbeitslosen zu lenken. Diese Erlaubnis wurde mit 141 gegen 44 Stimmen verweigert, worauf Keir Hardie ausrief, er hoffe, die Arbeitslosen würden die Sache jetzt selbst in die Hand nehmen. Der Sprecher erklärte, er habe die Bemerkung Keir Hardies nicht klar gehört. Hardie müsse aber die Entscheidung des Hauses annehmen. — Das Haus nahm sodann die zweite Lesung der Bill über die Districträthe an.

Das Oberhaus nahm die erste Lesung der Haftpflicht-Bill an und vertagte sich bis Donnerstag, an welchem Tage die zweite Lesung stattfinden soll.

Ein schottischer Bergmannstreik. Von allen nicht dem mittelländischen Bunde angehörigen Bergweilern begreifen waren es allein die schottischen Bergleute, die aus dem steigenden Ausstände der wohlorganisirten 300 000 englischen Bergleute Vorteil gezogen haben. Es gelang ihnen, die Löhne durch energische Geltendmachung von Mehrforderungen während des mittelländischen Streiks um nicht weniger als 53 1/2 pSt. in die Höhe zu bringen. Sie sind indes entschlossen, die Lage die durch die Erschöpfung der Kohlenvorräthe geschaffen ist, noch weiter auszunutzen. Am 17. November war in Glasgow eine Vertreter-Conferenz zusammen, die eine Lohnerhöhung von 1 Schilling (1 Mk.) für den Tag zu fordern beschloß. Da die Forderung abgelehnt wurde, traten sie in den Streik ein. Wie heute ein Telegramm aus Glasgow meldet, fand gestern abermals eine Conferenz statt, in der mitgeteilt wurde, daß 1/2 der Bergleute Schottlands augenblicklich nicht arbeiten; es wurde der Beschluß gefaßt, die Arbeit erst wieder anzunehmen, wenn die Arbeitgeber die Lohnerhöhung von 1 Schilling für den Tag bewilligt hätten. Die Forderung erscheint nicht aussichtslos, da nach ferneren Mittheilungen in Folge des Streiks eine Kohlennoth eingetreten ist, so daß viele industrielle Etablissemens in Glasgow die Einstellung des Betriebes ankündigen. Bis zu 20 Höfen sind bereits ausgeblieben.

Rußland.

Aus Warschau wird geschrieben: In den letzten Tagen haben hier auffallend viel Hausdurchsuchungen und Verhaftungen aus politischen Gründen stattgefunden. Die Polizei wollte unter andern auch die Urheber und Verbreiter der Zeitung erichte herausbringen, welche in jüngster Zeit über das Verändern Gorko's in österreichischen und besonders in galizischen Blättern veröffentlicht worden sind. Selbst in den Pferdebeständen wurde eine Reihe vornehmer Damen verhaftet und auf die nächste Polizeistation gebracht, wo Frauen von Schugleuten an den vergasteten Körperliche Durchsuchungen nach verbotenen Schriften vornehmen mußten. Ferner verhaftete die Polizei eine Reihe Literaten und Studenten, von denen mehrere im Verwaltungsverfahren nach Sibirien verurteilt werden sollen. Auch ein hiesiger Kindergarten ist in Warschau geschlossen worden, nachdem bei der Leiterin und den Lehrkräften der Anzahl Hausdurchsuchungen vorgenommen waren. Der Schulgelehrte unterhalten gehalten wurde zu 1898 die Strafen von 10 bis 100 Rubel eine Woche lang. Die Strafen von 10 bis 100 Rubel eine Woche lang. Die Strafen von 10 bis 100 Rubel eine Woche lang.

Kleine Rundschau.

In ein gemeinsames Grab gebettet wurden am Vultag die Brüder Friedrich und August Winter, die auch im Leben unzertrennlich von einander gewesen waren. Beide hatten das Tischlerhandwerk erlernt, beide wählten gemeinsam im vierten Stock des Hauses Elisenstraße 55, beide im Jahre lang an derselben Krankheit, dem Malaria und beide starben in einem Zwischenraum von zwölf Stunden. Friedrich, der 63 Jahre alt und verheiratet war, verschied am Sonntag Abend, August folgte ihm als 61 Jahre alter Junggeheile am Montag Morgen.

Vor der Strafkammer in Passau wurde folgendes niederbayerische Liebespaar abgehandelt: Der Dienstknecht Martin Kraus von Schwab löste seine Geliebte an das Kammerfenster unter dem Versprechen, ihr ein Halsband zu schenken. Als sie erschien, warf er ihr einen Strich um den Hals und befehlte denselben derart am unteren Fensterrand, daß das Mädchen bald erstickt wäre. Das Urtheil lautete auf 1 1/2 Jahre Gefängnis und sofortige Verhaftung.

Die Aluminium-Hochzeit. Die silberne und die goldene Hochzeit legen für diejenigen, die das Bedürfnis haben, öfters eine Jubiläumfeier zu veranstalten, etwas weit auseinander: Fünfundwanzig Jahre — das ist leicht für unsere schnelllebende Generation doch eine lange Zeit. Aus diesem Grunde ist man in einer unserer märkischen Städte auf die ingeniöse Idee gekommen, zwischen die silberne und die goldene Hochzeit noch eine andere einzuschleiben: die Aluminium-Hochzeit. Mit dieser Hochzeit feiert man also ein 37 1/2-jähriges Eheleben. Eine Feier dieser Art ist neulich in der betreffenden Stadt wirklich begangen worden. Dem nichts ahnenden Aluminiumpaar wurden aus diesem Anlaß reichliche Beweise aus Aluminium dargebracht. Sollte die neue Gattung weitere Verbreitung finden, so könnte der Aluminium-Industrie eine „schöne Zukunft“ erwachsen.

Altgriechische Musik. Bei den Ausgrabungen an der Stätte des einigigen Orakels von Delphi haben die französischen Archäologen eine wichtige musikalisch-literarische Entdeckung gemacht. Sie besteht in einer auf einen Stein geschriebenen Hymne an Apollo. Über jede Silbe ist das musikalische Notensymbol, nach welchem sie gesungen wurde, eingezeichnet. Als Zeit der Inschrift wird das zweite Jahrhundert vor Christi Geburt angesetzt. Man glaubt, sie werde den bisher noch nicht sicher gekannten Schlüssel für altgriechische Musik liefern. Die Noten rühren von dem berühmten Componisten Aristogenes, einem Schüler des Aristoteles, her. Auch noch ein zweites Pöan an Apollo wurde gefunden, der aber keine Noten hat.

Congress der Tabakarbeiter Deutschlands.

Berlin, 24. November 1898.

Vormittags-Sitzung.

Aus der gestrigen Sitzung ist zu berichten, daß in Elberfeld nicht die Löhne der Tabakarbeiter, sondern der Wickelmacher 7 bis 8 Mark betragen. Der Durchschnittslohn der Tabakarbeiter ist sich auf 13,50 Mark. Der Delegirte aus Heilbronn hat in seinem Orte sehr viel Arbeit, er braucht nicht über Lind zu gehen. In Freyberg in Sachsen gehören von 1266 Tabakarbeitern 38 der Organisation an.

Die heutigen Verhandlungen leitet Reichmann-Bremen.

Die Generaldebatte über Punkt 2 der Tagesordnung wird fortgesetzt.

Der Vertreter aus Meissen spricht über die Controlmarken, der Minimallohn von acht Mark pro Meile, den sie vorschreiben, sei zu hoch festgesetzt, im weiteren behauptet er, daß der Krieg im „Vorwärts“ über die Gewerkschaftsfrage, mögen die Führer sich doch sagen, daß die Streikarbeiter, die derselben Lohn, indem sie geübt werden, in der Provinz von den Gewerkschaften ausgenutzt würden und die Agitation in Folge dessen sehr erschweren.

Reichmann-Bremen bekämpft die eifrigen Ausführungen von Sim's. Der Congress sei wohl befugt, über die Stellung der politischen Partei zu den Gewerkschaften zu sprechen. Der Redner schlägt eine Resolution vor, die ausdrücklich erklärt, daß die Socialdemokratie die einzige Partei sei, welche die Interessen des Volks vertritt. Auch den guten Besuch des Congresses habe man ihnen der Gewerkschaftspreise den socialdemokratischen Parteiführern zu verdanken. Redner hebt ausdrücklich hervor, daß der Heldenmuth der Hamburger Cigarrenarbeiter bei ihrer Auslieferung durch die politische Partei, die hinter ihnen stand, geschätzt werden sei. Ohne die politische Bewegung würden die Gewerkschaften nie ihre jetzige Bedeutung erlangt haben. — Was die Hausarbeit betrifft, so könne man häufig sehen, daß Schweine, Hühner, Gänse und andere Thiere sich mit im Arbeitsraum befinden. Redner ist gegen die Controlmarken von Alana gewesen und in seiner Meinung nicht bekräftigt worden. Ihre Einführung habe die Zahl der Mitglieder in der Organisation nicht vermehrt. Redner bedauert gleichfalls die Streikaktionen in der Provinz. Der „Vorwärts“ hätte die gegenseitigen Erklärungen gar nicht veröffentlichten sollen, jedes Winkelblättchen, jeder Pfaffen auf der Kanzel mußte die Rede aus. Gewerkschafts- und politische Bewegung ergänzen einander, vielleicht würde von ihm über den Bericht der politischen Bewegung anders denken, wenn er die Schule des Ausnahmefalles durchgemacht hätte.

Die Generaldebatte wird hierauf geschlossen, die Special-Commission aber so lange angehängt, bis die Redaktions-Commission in die an Stelle des erkrankten von Elm die in Bremen hineingewählt wird, die entsprechende Resolutionen zu den einzelnen Punkten ausgearbeitet hat.

Es folgt Punkt 3 der Tagesordnung: „Die bundesweite Bestimmung und des Fabrikinspectors.“ Von allen Rednern wird über die Mangelhaftigkeit der Fabrikinspectoren geklagt, ebenso über die gewohnheitsmäßige Uebertretung der bundesweiten Bestimmungen durch die Fabrikanten. Der Vertreter aus Weissenfels theilt mit, daß ihm der vorige Fabrikinspecteur, dem er den höchsten Fabrikinspectors-Bericht als Muster empfohlen habe, entgegengekommen habe. In Weissenfels er ist bei seiner Regierung

gut angefahren, wenn wir erst soviel Vertrauen bei unserer Regierung hätten, dann könnten wir etwas machen. Jetzt aber geht es uns so wie Ihnen. Wenn ich alles brandmarken würde, was ich in den Fabriken sehe, würde ich die längste Zeit Fabrikinspecteur gewesen sein. — Die Fabrikanten üben eben einen gewissen Einfluß auf die Regierung aus.

Als Mittel zum Schutz gegen diese Uebelstände wird von den meisten Rednern die Wahl unabhängiger Vertrauensmänner empfohlen, die alle Uebertretungen der Fabrikanten zur Anzeige zu bringen hätten. Ein Beschluß wird noch nicht gefaßt, sondern die Ausarbeitung einer entsprechenden Resolution der Redaktionscommission übertragen.

Es folgt die Berathung eines Antrages, der die Vereinnamung des Sortirers und des Tabakarbeitervereins zu einer Gesamtdorganisation für eine Nothwendigkeit erklärt.

Hierüber entzündet sich eine lebhaftige Debatte.

Nachmittags-Sitzung

Die Delegirten aus dem Minden-Lübbeder Wahlkreis hatten bei ihrem Reichstags-Abgange den auf die Empfehlung des Reichstags-Abgeordneten Grafen von Roon eine Untersuchung nachgeschickt und erhalten. Graf von Roon äußerte sich über die Tabakfabriksteuer und erklärte, daß er gegen die Besteuerung der Fünf-Pfennig-Cigarette stimmen werde, hingegen eine Mehrbelastung der theuren Cigaretten, also von 6 Pfg. ab, für annehmbar halte. Etwas mehr der Tabak tragen müssen. Er sagte weiter, die betreffenden Delegirten hätten ihn wohl nicht gewählt (sehr richtig), er mache aber in dieser Frage keine Parteiuoterstände, da ja auch seine Wähler von der Belastung betroffen würden. Die Delegirten fügte hinzu, daß der Herr Graf vor der Wahl verschiedentlich das Versprechen abgegeben habe, gegen eine Tabaksteuer zu stimmen. Seine heutige Erklärung lege sich also mit der früher abgegebenen in Widerspruch. Die Wähler des Mindens-Lübbeder Kreises könnten sich die weiteren Commentare selbst hierzu machen.

Der Vorsitzende verliest folgen die vorläufige Zusammenstellung:

Es sind 200 Delegirte anwesend, die 476 Orte mit 34 510 männlichen, 43 303 weiblichen und 10 040 A. beiter vertreten, zusammen also 87 553 Personen. Davon sind 12 197 organisiert, 75 356 nicht organisiert.

Die Debatte über die Verrechnung der beiden Organisationen wird fortgesetzt. Den Hauptpunkt bildet die Arbeitslosen-Unterstützung, die die Sortirer haben, die Cigarrenmacher aber, abgesehen von principellen Bedenken, nicht einfließen zu können glauben, da sie schon ihrer schlechteren wirtschaftlichen Lage wegen die für die Arbeitslosen-Unterstützung nöthigen hohen Beiträge nicht zu zahlen im Stande sind. Es wird schließlich die folgende Resolution angenommen:

„Der Congress hält eine geschlossene Organisation aller Tabakarbeiter für erforderlich. Da jedoch die Tabakarbeiter heute noch in zwei centralisirten Vereinen zu ihrem eigenen Schaden organisiert sind, so beschließt der Congress, die leitenden Theile der beiden Organisationen zu verpflichten, zur nächsten General-Versammlung des Unterstützungs-Vereins eine Vorlage auszuarbeiten, wonach eine den berechtigten Wünschen der hülferthigen Interessenten Rechnung tragende Vereinigung ermöglicht wird.“

Von der Redaktionscommission wird auch ihren Vertreter, den Delegirten von Chemnitz folgende Resolution zu Punkt 2 der Tagesordnung vorgeschlagen:

„Aus den Verhandlungen des Tabakarbeiter-Congresses insbesondere aus der Berichterstattung der Delegirten aus allen Theilen Deutschlands hat sich auf's deutlichste ergeben, daß die Lage der deutschen Tabakarbeiter die denkbar traurigste ist. Herbeigeführt wird diese traurige Lage ganz besonders

- a) durch die Arbeit in den Strafanstalten,
- b) die Hausarbeit,
- c) die Frauen- und Kinderarbeit,
- d) die Verlegung der Fabriken nach dem flachen Lande.

Der Congress beschließt deshalb

zu a) (die Arbeit in den Strafanstalten): In Erwägung, daß die Beschäftigung der Gefangenen in den Strafanstalten zum Zwecke der Herstellung von Tabakfabrikanten die gesammten in der Tabakindustrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen in materieller Beziehung schwer schädigt und demüthigt und auf die Eitelkeit derselben einwirkt, fordert der Congress die Beseitigung der Arbeit in den Strafanstalten;

zu b) (die Hausindustrie und deren Schäden): In Erwägung, daß die Hausarbeit in unserem Gewerbe große Schäden im Gefolge hat, ungenügende Arbeitsräume, unzulässige Gemeinlichkeit häuslicher und gewerblicher Verhältnisse, nach heiligen Einfluß auf das Familienleben, Absonderung der Hausarbeiter vor ihren Familien, Verbleiben derselben von den Mitteln zur Fortbildung, Regelmäßigkeit der Arbeitszeit, Ueberbürdung mit Arbeit, Verabwürdigung des Arbeitslohnes — und in fernere Erwägung, daß die bundesstaatlichen Bestimmungen durch die Hausarbeit vollständig illusorisch gemacht werden, und bis jetzt nur dazu geführt haben, die Einzelhausarbeit zu forciren, erachtet der Congress es für dringend erforderlich, daß die Bestimmungen auch auf die Hausindustrie ausgedehnt werden;

zu c) (Frauen- und Kinderarbeit): Der Congress erkennt in der immer steigenden Verwendung der Arbeit der Frauen sowohl in der Tabakindustrie wie in allen Industriezweigen nur eine Wirkung der gesammten modernen Produktionsweise an und hält daher ein gesetzliches Verbot oder auch nur eine Einschränkung der Frauenarbeit, soweit nicht eine solche nöthig erscheint in Bezug auf den der verheiratheten Frau zur Erfüllung ihrer häuslichen Pflichten notwendigen Schutz, wie in Bezug auf diejenigen Beschäftigungen, welche der körperlichen Beschaffenheit der Frau widersprechen, nicht nur für vollständig ungenügend, sondern auch für eine nicht zu rechtfertigende Beschränkung der auch von den Frauen zu beanspruchenden wirtschaftlichen Bewegungsfreiheit und erklärt deshalb als einzig wirksames Mittel zur Beseitigung der im Gefolge der Frauenarbeit entstandenen Uebelstände, die politische und wirtschaftliche Gleichstellung der Frau mit dem Manne. Der Congress fordert daher zur Erreichung dieses Zweckes zunächst das unbeschränkte Coalitionsrecht auch für

die Frauen und die Befreiung aller dasselbe beschränkten Gesetze und Beschränkungen, und verlangt im weiteren von allen zielbewußten männlichen Tabakarbeitern unabhängig für Aufklärung und Organisation der weiblichen Kollegen, besonders aber für unbedingte Gleichstellung der Arbeit der Frauen mit den Männern zu wirken;

in d (Verlegung der Fabrik nach dem platten Lande): der Congress ist der Ueberzeugung, da die immer mehr um sich greifende Verlesung der Cigarrenfabrik nach den kleineren und kleinsten Orten lediglich der wirtschaftlichen Entwicklung zuzuschreiben ist, welche die Unternehmer voranbringt, stets auf möglichst billige Herstellung ihrer Fabrikate zu sehen. Der Congress ist seiner der Ueberzeugung, da diesem Uebelstand, der in absehbarer Zeit den uigen Ruin der deutschen Tabakarbeiter und Tabakarbeiterinnen bedeutet, in seinen Wirkungen nur entgegengetreten werden kann durch eine feste, ziel bewusste Organisation — Als ein wirksamstes Mittel, die Lage der Tabakarbeiter Deutschlands zu verbessern, erachtet der Congress die gewerkschaftliche Organisation als die geeignetste Form die Centralisation, und bezeichnet den „Unterrugungsverein deutscher Tabakarbeiter“ und den „Verband deutscher Cigarrenarbeiter“ als die Organisationen aller Tabakarbeiter Deutschlands und verpflichtet deshalb alle Tabakarbeiter mit aller Entschiedenheit für die Ausbreitung dieser Organisationen thätig zu sein. Der Congress erkennt weiter, da die sozialdemokratische Partei die einzige politische Vertreterin der Arbeiterklasse ist, ohne die würden auch die Interessen der Tabakarbeiter nicht in ausrechender und entscheidender Weise gesichert werden. Es ist daher Pflicht eines jeden Tabakarbeiters dieser Partei nicht allein anzugehören, sondern auch durch sein persönliches Verhalten für die kräftige Entwicklung derselben einzutreten.

In der Debatte wird von verschiedenen Delegirten hervorgehoben, da ein ausdrückliches Verbot der Hausarbeit in der Resolution ausgesprochen werden müsse.

Stromberg-Hamburg stellt den Antrag, den letzten Passus der Resolution, der von der Zugehörigkeit zur sozialdemokratischen Partei spricht, zu streichen. Er bezieht sich damit, da einerseits die Zugehörigkeit zur sozialdemokratischen Partei selbstverständlich sei, da andererseits den Kollegen, die noch nicht so weit sind, der Beitritt zur Organisation nicht verweigert werden dürfe.

Kerrl-Bremen wendet sich gegen den Antrag Stromberg, ein freies mutiges Wort müsse und solle einmal ausgesprochen werden. Die Fabrikanten würden ja auch, da die Tabakarbeiter alle Sozialdemokraten seien. Wir sollen keine Heuchler sein.

v. G.-Hamburg schliet sich den Ausführungen Strombergs an. Die Tabakarbeiter seien leider noch nicht alle Sozialdemokraten, wir wollen sie aber alle in die Organisation bringen. Der Congress sei ein reiner Gewerkschafts-Congress, kein Partei-Congress, er solle auch den unabhängigen Charakter beibehalten. Der Partei werde durch solch einen Beschlu gar kein Dienst erwiesen es solle Niemand erzwungen werden, eine politische Ueberzeugung anzunehmen. Nur wer aus freier Entscheidung und selbstständiger Erkenntnis Sozialdemokrat wird, werde ein guter und thätiger Parteigenosse.

Kerrl-Bremen erwidert, die Tabakarbeiter dürften nicht heucheln. Er weist auf die geschichtlichen Gewerkschaften, die auch Leugnen, in deutsch-stätigen Partei dienen zu stehen und damit auch druckelten. Der Congress müsse Muth genug besitzen, sich offen zur Sozialdemokratie zu bekennen und dürfe sich nicht auf den Standpunkt der amerkanischen Gewerkschafts-Delegirten stellen. Wer nicht sage, was er denke, der gehe auf etwas Anderes aus (Beif. II).

Der Delegirte aus Lubbeck in der Uebersicht v. G.m's. Er sei seit 25 Jahren Sozialdemokrat, er dürfe sich aber in seiner Heimat in Versammlungen nicht als solcher bekennen. Der Gastwirt habe ihm in der letzten Versammlung, die er abgehalten habe, gedroht, ihn aus dem Saale zu weisen, falls er noch einmal das Wort „Sozialdemokrat“ auspreche (Entrustungsaue).

Kaufm. Schwabach erklärt sich für den Antrag Kerrl Stromberg-Hamburg: Du da Beschlüsse gewinne man der Partei keine Anhänger. Er lasse sich im Wesentlichen von praktischen Mandchen leiten. Er wolle nicht einmal alle Sozialdemokraten in der Organisation; denn es gäbe unter den Grosen auch Fabrikanten, die wirtschaftlich auf anderem Boden ständen. Es sei erst vor zwei Jahren vorgekommen, da Arbeiter bei einem Genossen gestreift würden. Der Antrag Kerrl mache die Delegirten, die zu Hause nicht ganz sprechen dürften, zu Heuchlern. Er erwarte übrigens von Kerrl Aufklärung, was er mit den letzten Worten seiner Rede gemeint habe, was diejenigen im Schilde führen sollen.

von G.-Hamburg verwahrt sich gegen die Ausführungen Kerrl's. Er sei kein Anhänger der amerikanischen Gewerkschaften, die keine politische Parteibewegung wollten. Die Gewerkschaften sollten die Vorstufe für die Sozialdemokratie sein, man müsse eben die Beweise in der Organisation drinn haben, dann könnte man sie auch zu Parteigenossen erzelen. Durch Beschlüsse mach man keine Parteigenossen, da sei kein wadenstrumpfen, sondern ein echt sozialdemokratischer Standpunkt.

Boner Balin tritt den Anschauungen von G.-Hamburg entgegen, die Gewerkschaftsbewegung ist ein Theil der Gesamtpartei, sie darf sich nicht von ihr loslösen. Die Tabakarbeiter-Organisation habe bisher immer ihre Zugehörigkeit zur sozialdemokratischen Partei offen bekannt, dieser klare Standpunkt dürfe nicht verricht werden.

Kerrl-Bremen: Die bürgerliche Gesellschaft freut sich, wenn sich Männer finden, die, obwohl erfüllt vom besten Willen, doch Wege einschlagen, die die Arbeiterbewegung auf Jahre zurückfallen könnten. Es darf nicht heien: den Tabakarbeitern ist die Mith der frommen Denkungsart eingestut worden. (Sehr richtig.)

Schmalfeld-Bremerhafen tritt für die Aufrechterhaltung des Schlusssatzes der Resolution ein, in dem gar nicht steht, da jeder College nur selbst Sozialdemokrat werden müsse. — Wurde er gestrichen, so würden die Genossen umphierend sagen: Die groe Masse will von der politischen Bewegung nichts mehr wissen. Der Streit über den Schlusssatz müsse aber in jullischer Form geführt werden, damit der Friede nicht gebracht werde. (Beif.)

Die Delegirten für Bielef, Giesen und Meen wünschen die Resolution auch im Schlusssatz unverändert. — Schlu 7 Uhr.

Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 23. November 1894.

[Arbeitsinvaliden-Kasernen.] Aus Morgentoth schreibt man der „Schles. Ztg.“:

„Die Paulusgrube, welche im Vorjahre in Goblushutte für ihre ledigen und auswärtigen Arbeiter mit einem Kostenaufwande von 120 000 Mk. nach dem Muster des kurfurstlich Preussischen Schlafhauses zu Emanuelstegen ein Schlafhaus für 120 Mann erbaut hat, das allen Anforderungen der Bequemlichkeit und der Hygiene entspricht, hat nunmehr ihre Furfolge auf die Invaliden ihrer Besehung und auf die Wittwen von Arbeitern der Paulusgrube erichtet, indem für dieselben dicht bei der Kirche zu Goblushutte in diesem Jahre ein besonderes „Invalidenhaus“ erbaut worden ist, in welchem dieselben mit ihren Familien-Angehörigen billige und gute Unterkunft finden. Dieses Haus, dessen Baukosten auf 60 000 Mk. veranschlagt sind, soll 36 Familienwohnungen enthalten. Zur Zeit ist bereits die eine Hälfte fertiggestellt und auch seit dem 15. dieses Monats bereits bezogen worden. Jede Wohnung besteht aus einem groen Zimmer nebst Boden und Kellerraum, sowie einem Stückchen; eine gemeinschaftliche Waschkuche und ein Becken befinden sich im Souterrain und ein aerumiger Trockenraum im Dachgeschoss; durch directen Anschlu an die Wasserleitung ist den Bewohnern noch eine weitere Annehmlichkeit geschaffen worden. Der monatliche Mietzins für eine Wohnung beträgt nur 1,50 Mark, ein Betrag, welcher nur ein Viertel der in hiesiger Gegend für dergleichen Wohnungen ulichen Miete ausmacht. Die göttlich Schaffgottschke'sche Verwaltung, an deren Spitze Generaldirector Erbs steht und zu welcher die Paulusgrube gehört, hat durch Schaffung dieser Wohlfahrts-Einrichtung ein schönes Zeugni der Furfolge auch für diejenigen ihrer Arbeiter abgelegt, die ihr keinen unmittelbaren Nutzen mehr bringen können.“

Es ist eigentlich recht bedauerlich, da die armen „Arbeitskruppel“ keinen unmittelbaren Nutzen mehr bringen können. Völlig entmarkt müssen die armen Kerle doch jedenfalls sein; andernfalls würde man sie weder in eine Kaserne stecken, noch ihnen die „sue Luft“ des Arbeitsjoches abnehmen.

[Besetzung II, Lehndamm.] Mittwochsabend referirt im Besetzung II Gerolf Friedrich über die Jastrom'sche Broschüre „Socialliberal“ und ihr Verhaltni zu unserem Parteiprogramm. Zahlreicher Besuch wird erwartet.

[Stadtverordneten-Versammlung.] Nächsten Donnerstag, den 30. d. Mts., findet eine Sitzung der hiesigen Stadtverordneten-Versammlung nicht statt.

[Zum Breslauer Groschiffahrtsweg.] Am 24. d. Mts. fand auf dem Landrathamte des Landkreises Breslau Termin statt zur Entgegennahme von Einsprüchen gegen die etwa drei Wochen lang öffentlich ausgelegt gewesenen Entwürfe zu dem für den Breslauer Groschiffahrtsweg ulichen Schwarzwasservorfluthcanal. Die Zahl der erhobenen Einsprüche ist nicht gerade gering, dieselben gelangen nunmehr vor die Breslauer Bezirksregierung. Da irgend einer von ihnen schwerwiegend genug sein würde, um die Ausführung der ausgelegten Entwürfe in wesentlichen Punkten zu gefährden, ist nicht anzunehmen, nur wird ihre Eledigung Zeit beanspruchen. Die Bauentwürfe für den eigentlichen Groschiffahrtsweg (im Bette der Alten Oder vom Strauchwahre bis zur Hundsfelder Brücke, dann in einem neu zu grabenden Bette links von der Alten Oder und parallel derselben bis dicht oberhalb ihrer Mündung in die Schiffahrtoder) sind gegenwärtig so weit gefördert, da sie gleichfalls bald zur öffentlichen Auslegung gelangen dürften.

[Zum Bahn-Güterverkehr.] Nach der Verkehrsordnung für die Eisenbahnen Deutschlands beginnt die Entladefrist für die vom Empfänger abzuladenden Güter, wenn die Benachrichtigung des Empfängers über die Ankunft des Gutes durch die Post erfolgt, drei Stunden nach der Aufgabe der Benachrichtigungsschreiben zur Post. Zur Befestigung entstandener Zweifel ist Folgendes bestimmt worden:

1. In denjenigen Fällen, in welchen die Auslieferung der Benachrichtigungsschreiben zur Post nach 4 Uhr Nachmittags erfolgt und diese Benachrichtigungen nach den bestehenden Posteinrichtungen noch am Aufgabetage oder am folgenden Tage vor 7 Uhr Morgens den Empfängern postleitig zugestellt werden, ist die dreistündige Zuschlagsfrist auf die Nachstunden in Anrechnung zu bringen, soda die Entladefrist von wolf Tagestunden am nächsten Werktag Morgens 7 Uhr beginnt und Abends 7 Uhr endet.

2. Soweit die am Sonnabend oder an Tage vor einem Feiertage Nachmittags nach 4 Uhr bzw. in den folgenden Nachstunden zur Post gegebenen Benachrichtigungsschreiben postleitig noch am folgenden Sonntag oder Feiertage den Empfängern zugestellt werden, wird die dreistündige Zuschlagsfrist auf diesen Tag anzurechnen. Die zwofstundige Entladefrist beginnt mithin

am darauffolgenden Werktag Morgens 7 Uhr und endet an demselben Tage Abends 7 Uhr.

3. Werden dagegen die nach 4 Uhr Nachmittags bzw. Nachts zur Post gegebenen Benachrichtigungsschreiben den Empfängern durch die Post erst nach 7 Uhr Morgens des folgenden Werktages zugestellt, so ist die dreistündige Zuschlagsfrist ebenso wie bei den in der Zeit von 7 Uhr Morgens bis 4 Uhr Nachmittags zur Post gegebenen Benachrichtigungsschreiben nach Tages-(Geschäft-)Stunden zu berechnen, soda sich die Entladefrist um drei Tagestunden verlängert. Die Feststellung der postleitigen Brieftellzeiten liegt den Abfertigungsstellen hinsichtlich der für dieselben in Betracht kommenden Orte ob.

[Gegenmarken des Consumvereins.] Die Verwaltung des hiesigen Consumvereins hat ermittelt, da sich eine Anzahl Vereinsmitglieder von „gewerkschaftlichen Consummarkenhandlern“ hat ubereeden lassen, Gegenmarken auf statutenwidrige Weise an sich zu bringen und hat, da solche Marken nicht honorirt werden dürfen, beschloen, durch Pakung der Legitimation und des Warenverbrauchs die Beträge der zur Einlieferung gelangenden Marken auf ihre Berechtigung und Angemessenheit hin zu controliren. Diejenigen Mitglieder, welche sich zum Ankauf von Consummarken verleiten lieen, werden also bei der bevorstehenden Dividenden-Auszahlung einen empfindlichen Verlust zu erleiden haben, der allen übrigen Mitgliedern, welche ihre Gegenmarken statutenmaig erwerben und einreichen, als Gewinn zu gute kommt. Solche Vereinsmitglieder, deren Mitgliedschaft durch Nichteinreichung von Gegenmarken während der letzten drei Jahre stillschweigend erloschen ist, sind zur Einreichung von Gegenmarken für die bevorstehende Dividenden-Auszahlung nicht berechtigt. Es werden daher alle Vereinsmitglieder, welche über ihre Berechtigung zur Markeneinreichung im Zweifel sind, gut thun, sich fuber diese für viele Haushaltungen nicht unwichtige Frage in dem ihnen nachstbelegenen Lager baldigst zu orientiren.

[Mordversuch.] Der Paradiesstrae 9 wohnhafte Zimmermeister Adolf Münzer wäre Montag Nachmittags beinahe das Opfer eines rohen Attentates geworden. Mittags, kurz nach 2 Uhr, fand sich in der Wohnung des Zimmermeisters der 48 Jahre alte Zimmergeselle Heinrich Quicker ein und forderte in barschem Tone Arbeit. Als ihm eine ausweichende Antwort gegeben wurde, zog er plötzlich ein Terzerol hervor und drang auf den erschreckt zurückweichenden Münzer ein. Quicker stürzte sich sodann auf den Münzer und schlug mit dem Griff des Terzerols auf ihn ein. Münzer brach blutüberströmt mit einem lauten Ausschrei zusammen. Quicker warf schnell das Terzerol weg und wollte die Flucht ergreifen, als sich ihm das auf den Hilfschrei seines Herrn herbeigeeilte Dienstmädchen in den Weg stellte. Das Mädchen mute jedoch dem Wucherich den Weg frei machen, denn hoch über seinem Haupte schwang Quicker ein bis dahin noch verborgen gehaltenes Messer, mit dem er Jeden niederzustechen drohte, der ihm den Weg verlegen würde. Quicker schleuderte das Mädchen bei Seite und entkam auf die Strae. Das Terzerol und seinen Hut lie er zurück. Es wurde sofort Herr Dr. Stranz herbeigerufen, der den aus vier schweren Wunden blutenden Münzer verband. Als bald traf auch Polizeicommissarius Gärtner am Tatorte ein, der zunächst das Terzerol beschlagnahmte, welches, wie sich jetzt herausstellte, doppel geladen war. Quicker mute jedoch schnell zum Bewutsein seiner That gekommen sein, denn von Gewissensbissen gefoltert, fand er sich um 1/2 Uhr in der im Polizeipräsidium gelegenen Wache mit den Worten ein: „er habe soeben den Zimmermeister Münzer erschlagen“. Quicker wurde so lange dafelbst zurückgehalten, bis die Wahrheit seiner Aussage festgestellt worden war, worauf seine Festnahme erfolgte.

[Zusammensto.] Am 26. d. Mts., Mittags, stieen auf der Furstenstrae ein Motorwagen und eine Droschke zusammen, wobei letztere sehr erheblich beschädigt wurde.

[Verirrtes Kind.] Am 26. d. Mts., Nachmittags, wurde ein 8 Jahre alter Knabe auf der Grabchenerstrae aufschisslos angerufen und im Armenhause untergebracht. Das Kind ist blond und trägt u. A. schwarze Luchmue, grauen Anzug und Niederschube.

[Bermite.] Seit dem 2. October d. J. wird der Bouffentstrae 4 wohnhaft gewesene Sattlermeister Hugo Sper vermisset. Es wird angenommen, da sich der Genannte das Leben genommen hat. Der Bermite ist klein, hat blondes Haar und eben solchen Schurrbart und trägt u. A. grünlichen Winteruberzieher, schwarze Beinstieer und Bergamaschen. — Der Kaufmann Franz Brand aus Leipzig, welcher vom 11. bis zum 16. d. Mts. in einem hiesigen Hotel logirte, ist vermisst worden; vermuthlich ist demselben ein Unglück zugefallen. Der Vermisste hat einen Koffer zurückgelassen, welcher einen schwarzen Anzug und Wäsche enthält. Brand ist 26 Jahre alt und trägt grauen Anzug, hellbraune Baret und schwarzen Hut. — Seit dem 23. d. Mts. wird der 13 Jahre alte Knabe Auguste Ganzel, Sohn eines auf der Bohrauerstrae

wahenden Bohrers, vermisst. Der Vermisste trug einen schwarzen Winterüberzieher, braune Beinleider, graues Jaquet und schwarze Krümmerröhre.

[Sturz von einem Gerüst.] Am 26. d. M., Nachmittags, waren in der Werderstraße mehrere Kesselschmiede mit dem Montieren der Wasserräder beschäftigt und benutzten hierbei ein 6 1/2 Meter hohes Gerüst. Von diesem stürzte der eine derselben und fiel auf das Steinpflaster des Wasserrades einnes, wodurch er schwere innere und äußere Verletzungen erlitt. Der Verunglückte befindet sich in seiner Wohnung in ärztlicher Behandlung.

[Diebstahl.] In der Nacht zum 26. d. Mts. wurde ein Schaulasten auf der Ohlauerstraße erbrochen und eines Theils seines Inhalts beraubt, der in Gravaten, Mäntel u. dergl. bestand. Der Dieb wurde verfolgt, entkam aber, auf seiner Flucht warf er verschiedene gestohlene Stücke weg.

[Pferde-Diebstahl.] In der Nacht vom 26. zum 27. d. Mts. wurde in Bruchwitz, Kreis Trebnitz, ein Pferd aus dem Stalle gestohlen. Dasselbe ist eine 15 jährige braune Stute mit weißem Stern und einer Narbe auf der Nase und ist 400 Mk. werth. Die Spur des Diebes ist bis nach Sacrau verfolgt worden. Im Zimmer 20 des Kgl. Polizeipräsidiums sind Angaben über den Verbleib des Pferdes zu machen.

[Polizeiliche Meldungen.] Gefunden: eine Zigarrete, zwei Portemonnaies mit Inhalt und eine silberne Damen-Remonteuruhr. — Verloren: ein goldener Trauring, gez. M. B. 6. 2. 81, eine Grüne Geldbörse mit 23 Mark Inhalt, eine graue Reisdecke, ein Fächerportemonnaie mit 40 Mark Inhalt, ein goldener Trauring, gez. H. G. 26 5. 91, eine graue Reisdecke und ein goldener Siegelring, gez. R. R. — Gestohlen: am 21. d. Mts. einem auf der Heiligen Geistsstraße wohnenden Bildhauer eine Remonteuruhr mit kurzer Kette; am 25. d. Mts. einem auf der Neuen Tauentzienstraße wohnenden Tischlergehilfen auf der Gardestraße ein Portemonnaie mit 18 Mark Inhalt; an demselben Tage einem Bierwagenkutscher von Hopf und Gölke von seinem Wagen, welcher auf der Messergasse hielt, ein Pelz. — Verhaftet am 25. und 26. d. Mts.: 88 Personen.

[Vom Stadttheater.] Heute wird Loring's komische Oper „Der Wildschütz“ wiederholt; morgen Mittwoch gelangen L'oncapollo's „Bajazzi“ zum ersten Male in dieser Saison in folgender Besetzung zur Aufführung: Canio Herr Schlaffenberg, Nedda Fräulein Rosen, Louis Herr Sommer, Deppo Herr Martini, Silvio Herr Giebler. Voraus geht das Schauspiel „Das Buch Job.“

[Vom Lobe-Theater.] Hartleben's neues Schauspiel „Ein Ehrenwort“ fand bei seiner zweiten Aufführung am Sonntag denselben stürmischen Erfolg wie bei der Premiere. Die Proben zu dem englischen Sensations-Schwank „Charley's Tante“ sind in vollem Gange; die Hauptrolle in diesem lustigen aller bisherigen Schwänke wird hier unser trefflicher Komiker Max Löwe creiren, welcher mit Rücksicht auf das Studium dieser umfangreichen Rolle bereits seit 14 Tagen möglichst wenig in den Studien des laufenden Repertoires von Director Witte-Wild beschäftigt wurde. „Charley's Tante“ hat im Globe-Theater in London bereits die 300ste Aufführung überschritten und dürfte in Berlin, wo der tolle Schwank allabendlich derart überfüllte Häuser erzielt, daß seit Monaten eine Abendkasse überhaupt nicht existirt, mindestens die genannte Anzahl von Aufführungen erleben, wenn nicht überschreiten.

— „Das Ehrenwort“ von Otto Erich Hartleben. In der letzten Zeit hat es sich öfter gezeigt, daß die besseren Provinzialbühnen die Neigung bekunden, ihrem Theaterpublikum mit nur wirklichen Premieren zu dienen, daß sie immer mehr bestrebt sind, sich von der Herrschaft Berlins, Münchens und Dresdens zu emancipiren. So brachte das hiesige Stadttheater in dieser Saison bekanntlich „Gefallene Engel“ zum allerersten Male. Ein derartiger Concurrenzkampf zwischen den besseren Provinzialbühnen und den Residenzbühnen ist sowohl für Dichter als auch Publikum recht vorthellhaft. Gerade was das Schauspiel anbetrifft, so können unsere beiden Bühnen mit jedem Residenztheater den Kampf aufnehmen. Das betundete so recht wieder die Darstellung von Hartleben's „Ehrenwort“ am Sonnabend im Lobe-Theater. Director Witte-Wild mit seiner kunstgeübten, fleißigen Schauspieler-Schaar lieferte wie ja nicht anders zu erwarten, wieder einmal eine musterhafte Aufführung.

Zunächst was den Inhalt des Schauspiels anbetrifft, so ist der Mittelpunkt des Ganzen: Darf ein Ehrenwort geschrien werden oder nicht. In dem Hause der reichen Kaufmannswitwe Thomann hat längere Zeit der Maler Burghardt verkehrt. Die Kinder der Wittve sind eng mit ihm befreundet. Heimlich so gar hat er sich mit der Elise Thomann verlobt. Irgead welche unbekanntem Gründe haben ihn gezwungen, die Stadt zu verlassen. Während dieser Zeit hat nur ein anderer verstanden, sich in das Herz der jungen Elise einzunischen und sich mit ihr zu verloben. Bei seiner Rückkehr erkam Burghardt in dem Verlobten einen ehemaligen Studiengenossen Dr. Gotter, und in zorniger Erregung

entschlüpfen ihm die Worte: „Dieser Lump will Elsa heirathen?“ Allen Vorstellungen von Elsas Angehörigen, ihnen doch zu erklären, wie er, der besonnene Burghardt, dazu komme, ein derartiges verdammdes Urtheil zu fällen, weicht er mit Achselzucken aus; er kann, er darf nicht reden. Weiterhin erfahren wir die Gründe, seines Schweigens: Während der Studienzeit hatten Burghardt, Gotter, der ewig-verschnupfte Regierungs-assessor Colmann und Dr. Heybel einem Vereine angehört. In diesem hatte Dr. Gotter zu wiederholten Malen die Vereinskasse bestohlen. Als die Sache ruckbar werden wollte, hatten sich die vier ehrenwörtlich verpflichtet, der Sache das Vertuschungsmäntelchen sowohl im Interesse des Vereins, als auch in dem der Person Gotters umzuhängen. Gotter dagegen sollte ratenweise die gestohlenen Gelder zurückzahlen. Da Gotter die Zahlungen rechtzeitig geleistet hatte, so ermangelte Burghardt jedes Rechtes, die Sache wieder aufzufrischen, Er kann sich jedoch nicht von dem Gedanken trennen, daß Gotter ein Schurke und somit Elsas unwerth ist. Nach langem Zögern nimmt Burghardt die Herausforderung Gotters an und es kommt zum Duell. Und so sehen wir denn im letzten Acte d. n. an den Schußwunden stehenden Burghardt an der Seite von Frau Betty Röber, der Freundin Elsas sitzen. Sie ist ein erfahrenes Weltkind, nicht aus reiner Neigung hat sie geheirathet, sondern Geldinteressen haben sie bestimmt, dem alten reichen Röber die Hand zu reichen, nachdem Dr. Heybel ihr früherer Geliebter, ebenfalls eine Interessenheirath geschlossen hatte. Die kluge Frau Betty versucht, die Anglegenheit Elsas-Burghardt in das rechte Geleis zu bringen, denn er habe ja doch ihr gegenüber schon einmal das Ehrenwort gebrochen. Als Gotter sieht, daß seine Sache verloren ist, hebt er aus eigener Initiative das Verlobniß auf. Ob Burghardt noch Elsas Gatte wird, darüber läßt uns Hartleben leider im Ungewissen.

Das Spiel war in seiner Gesamtheit vorzüglich. Clara Bend als Frau Thomann bot eine abgerundete Leistung, ebenso Ida Müller (Elsa). Auch Lina Lindenberg als Betty Röber war vorzüglich. Herr Patry, der leider recht indisponirt war, war sehr gut, ebenso Herr Schwellach, der uns bedeutend besser gefiel, als im Vorjahre, wo er u. A. den Johannes in Hauptmann's „Einsame Menschen“ gab. Auch die Herren Rohland (Dr. Heybel), Böttcher (Frz Thomann) und Bach (Regierungsassessor) boten trotz der Unbedeutendheit ihrer Rollen Vorzügliches. Die Inszenirung war musterhaft. Das Schauspiel erzielte einen vollen Erfolg. Director Witte-Wild und der Verfasser Hartleben wurden wiederholt gerufen.

Gerichtliches.

Entscheidungen des Reichsgerichts.

Leipzig, 23. November. Von den „berechtigten Interessen“ socialdemokratischer Redacteurs. Das „Volkswort für Halle und den Saalkreis“ hatte einen Bericht aus Hebra gebracht, in welchem von einer Gefahr berichtet wurde, die den Arbeitern der Mansfelder Kupferkieserhauenden Gewerkschaft drohen. Die Leitung dieser Gewerkschaft (Herr Oberberggraben Leuchner in Eisleben) zücht den Arbeitern im höchsten Interesse den Streikverboten enger, um ein brauchbares Ausdehnungsmaterial zur Verfügung zu haben u. es fehlte nur noch, daß sich die Arbeiter bei Herrn v. d. d. zu bedanken hätten, daß sie überhaupt leben. Im Uebrigen enthielt der Artikel sachgemäße Ausführungen. Das Landgericht Halle a. S. hat am 22. August den vorant vorklichen Redacteur des Blattes, Karl Krüger, von der Anklage der Beleidigung des Herrn Leuchner freigesprochen, weil der Angeklagte berechtigte Interessen der Bergarbeiter wahrgenommen habe und sein Blatt notorisch von Bergleuten gelesen werde. Er hatte auch, so heißt es noch im Urtheile, ein berechtigtes Interesse wahrzunehmen, da sein Blatt, welches sich als offizielles socialdemokratisches Organ für die Mansfelder Kreise bezeichnet, es sich ganz besonders zur Aufgabe gemacht, die Interessen der Bergarbeiter zu vertreten. Die Beleidigung ergab sich nicht aus der Form, auch war zu berücksichtigen, daß der Angeklagte sich einer volkstümlichen Sprache bedienen mußte, um seinen Lesern verständlich zu werden. — Die von der Staatsanwaltschaft eingelegte Revision wurde vom Vertreter der Reichsanwaltschaft beantwortet. Das Landgericht hat, so führte er aus, dem Angeklagten ein gewisses Specialrecht eingeräumt, welches derselbe nicht beanstanden könne. Wenn das Gericht von einem „officiellen“ Organ spreche, so thue dieses Drama (abgesehen davon, daß man sonst gewöhnlich unter „officiell“ sonnt verstände, wie gesetzlich oder gesetzlich geordnet) nur dasselbe, wie andere Blätter, wenn es gewisse Interessen wahrnehme. Die Consequenz der Ansicht des Landgerichts würde die sein, daß ein Blatt in Magdeburg oder Berlin wegen des Abdruckes des hier inkriminiten Artikels bestraft würde, während das Volksblatt für Halle straffrei bliebe. Der Umstand, daß das Blatt hauptsächlich von Bergarbeitern gelesen werde, schaffe noch nicht den Beruf, die Interessen der Bergarbeiter zu vertreten. Bedenklich sei auch die Ausführung des Urtheils über die volkstümliche Sprache. Die Consequenz wäre dahin zu führen, daß jemand, der sich nur an den Pöbel wenden und dessen Interessen wahrnehmen will, sich pöbelhafter Ausdrücke bedienen könne. Eine Druckstrafe werde sich aber nicht nur an die, für welche sie speciell hergestellt ist, sondern

auch an alle übrigen Personen, insbesondere an den Beleidigten selbst, der nicht zu jener Klasse gehöre. — Das Reichsgericht erkannte in Uebereinstimmung mit diesen Ausführungen auf Aufhebung des Urtheils und Zurückverweisung der Sache an die erste Instanz.

Schlesien.

Grünberg. „Wer Andern eine Grube gräbt fällt selbst hinein!“ Dieses Sprichwort fiel uns unlängst ein als heut, den 23. November, ein Proceß vor dem hiesigen Schöffengericht zweimaliger Verhandlung vor dem hiesigen Schöffengericht seinen Abschluß fand. Der Hergang der Sache ist in Kürze folgender: Am 30. Juli hielten die Parteigenossen des hiesigen Wahlkreises in Zausche eine Parteiconferenz ab. Die Grünberger Genossen begaben sich ebenfalls dorthin, und nutzten dabei 4 Leiterwagen. Um auf dem Heimwege zu werden eine kurze Rast zu gönnen, machte man vor dem Gasthaus des Herrn Fiedler in Lwalbau Halt. Der Gemeindevorsteher des Ortes, Hoffmann, versuchte hier mit ihnen Scherereien anzufangen. Nach einigem Wortwechsel führte er einen Schlag nach einem unserer Leute, Genossen Dreßler, worauf dieser soterseits den Gemeindevorsteher faßte und vor sich her durch die Gaststube schob, dieser unfreiwillige Krebsgang an einem Fenster, das da in Trümmer ging, sein Ende fand. Nachdem man die Streitenden getrennt hatte, wurde die Weiterfahrt angetreten. Der Gemeindevorsteher stellte nun Strafantrag gegen Dreßler wegen Körperverletzung und Beleidigung. Er gab an, Dreßler sei zuerst auf ihn eingedrungen und habe außerdem noch gedugert: „Schmeiß doch den Lump raus!“ Er blieb auch bei dieser Anklage bei den Verhandlungen vor dem Schöffengericht. Alle anderen Zeugen stellten den Verlauf des Rencontres wie oben geschildert, das Selbstverständlich mußte Dreßler freigesprochen werden; der Amtsanwalt hatte Freisprechung beantragt. Das Gericht beschloß ferner die Auen der Staatsanwaltschaft zu unterbreiten, damit diese prüfe, ob nicht gegen den Gemeindevorsteher Hoffmann das Verfahren wegen Meineid einzuleiten sei. Fiat justitia, pereat mundus! — Am Bußtage verbreiteten Grünberger und Musauer Genossen Agitationschriften auf verschiedenen Dörfern. In Lwalbau wurde 4 Mann angehalten und denselben 71 Flugblätter von den Gendarmen Strohwalde weggenommen. Da man ein glaubt, dadurch der Bewegung Einhalt thun zu können. Das Gegentheil ist der Fall! Nun erit recht! sagten sich davon Betroffenen.

Neusaß. Ein hiesiger Genosse soll groben Unfug getrieben haben, weil er scherzweise zu seinem Nebenarbeit geäußert, er solle von ihm wegrücken, er habe eine „Bombe bei sich“. So unglücklich es klingt, wurde er doch zu acht Tagen Haft verurtheilt. Es ist dies das Resultat der bekannte Bombengefährliche, über die wir seinerzeit berichteten. Selbstverständlich ist gegen das Urtheil Berufung eingelegt worden. — Ein hiesiger Schlosser mußte vor einiger Zeit 1/2 Jahr wegen des Verdachtes des Meineids in Untersuchung zubringen um dann als unschuldig entlassen zu werden. Wer entschädigt nun diesem Mann seinen Arbeitsverlust? Wieder ein Beweis für die Nothwendigkeit der Entschädigung unschuldig Verhafteter.

Tarnowitz. Ein grauenhafter Unfall ereignete sich bei einem der Nachtgüterzüge auf der Strecke Tarnowitz Lubinitz in der Nacht vom Donnerstag zum Freitag. An Station Koschentin wurde bei Einfahrt eines Güterzuges ein schwarze Waffe zwischen den Buffern zweier Wagen bemerkbar. Bei näherer Untersuchung ergab sich, daß dies der Körper des Bremfers Schwinge war. Genannter hing mit den Beinen in den Kuppelungsketten und schleifte mit dem Kopf auf der Erde. Der Kopf war dem Verunglückten durch die fortwährende Auffschlagen auf das Bahnplanum fast vollständig abgerissen, die Hirnhäute und Theile des Gehirns wurden auf der Strecke gefunden. Aus welcher Ursache Schwinge von der Strecke stürzte, ist noch nicht ermittelt.

Gleiwitz. Nach Stöcker'schem Muster. In einem Civilproceß der am 31. October vor dem Amtsgericht Gleiwitz verhandelt wurde, hat der Beklagte Epstein den Kläger Adams, als dieser einen ihm zugeschobenen Eid nicht leisten sich bereit erklärte, zu rufen: „Gut, dann schwören Sie nach bekanntem Stöcker'schem Muster.“ Au, den Protest des Klägers walt's des Klägers begnügte sich der vor sitzende Richter mit der Einschuldigung des Beklagten, er habe nicht gewußt, daß er darrirtes nicht sagen dürfte. Wie die „Kreuzzeitung“ mittheilt, wird diese Angelegenheit bei der Staatsberatung zur Sprache gebracht werden. Es wird Ausschluß darüber verlangt werden, ob die Bemerkung des Beklagten als ein Ungehör sich darstellt oder nicht.

Deutscher Reichstag.

Original-Berichte der „Volkswacht.“

5. Sitzung.

Sonnabend, den 25. November — 1 Uhr. Das Haus genehmigt zunächst die Anträge der Abg. Auer und Genossen (Soco.) auf Einstellung der gegen die Abg. Stadthagen und Hoffmann (Chemnitz) schwebenden Strafverfahren, desgleichen die Anträge der Abg. Wetzel und Genossen (fr. Volksp.) und Dr. Bödel und Genossen (Natu.) auf Einstellung der gegen die Abg. Wülke (Sagan), resp. Werner schwebenden Strafverfahren während der Dauer der Session und setzt alsdann die erste Beratung der Handels-Verträge mit Spanien, Rumänien und Serbien fort. Abg. v. Hammerstein (cons.) bedauert, daß Reichskanzler noch nicht anwesend sei, da er demselben auf seine geistigen Aeußerungen antworten müsse. Der Reichskanzler habe übergroßer persönlicher Empfindlichkeit Raum gegeben. Die Angriffe, über welche sich derselbe gestern beklagt habe, hätten nicht ihm persönlich, sondern dem Reichskanzler gegolten. An der Lauterkeit der Besinnung des Reichskanzlers habe Niemand jemals ge zweifelt. Ich selbst, so fährt Hammerstein fort, habe wieder früher auch den Fürsten Bismarck argegriffen, noch allerhöchstenfalls die schärfste Verurtheilung. Die agrarische Bewegung ist ja nicht neu, aber wenn sie so stark geworden ist, so liegt das

den Handelsverträgen, welche so einschneidend in das Interesse der Landwirtschaft eingreifen. Der Reichskanzler hätte geteilt, zu bedauern, daß er nicht mehr Schulter an Schulter mit den Conservativen geben könne. Sollte darin eine Frage gegen uns liegen, so werden wir uns eben darin finden lassen. Der Herr Reichskanzler verlangt es, wir sollten Bege angeben, wie der Landwirtschaft ohne Nachteil für die Allgemeinheit zu helfen. (Graf Caprivi erscheint am Landestrathstische.) Nun, wir haben doch Vorschläge auf die Abhängigkeitsfrage gemacht, wir haben ferner die Reform der Börse, speciell der Productenbörse, angeregt. Nun, das alles sind doch Anregungen, die wir gemacht haben. Wenn es ist im Interesse des Staates Opfer zu bringen, so kann man diese viel eher der Industrie, als der Landwirtschaft umuthen. Verzinst sich doch rund 6000 Mark industrielles Letten-capital mit 600 Mark Dividende, also mit zehn Prozent! Gegen die Umstellung, als hätten wir verlangt, ein Reichskanzler solle Landwirt sein, um dann aus Eigennutz die Interessen der Landwirtschaft mehr wahrzunehmen, verwahre ich mich. Redner wendet sich dann den Vorlagen, den Handelsverträgen, zu. Die Negierung wolle Handelsverträge, er und seine Freunde dagegen einen autonomen Tarif. Eine Einigung darüber wurde auch durch Monate lange Debatten nicht erzielt werden. Auch was an politischen Gründen für die Verträge angeführt sei, ent spreche den Thatsachen nicht. Unsere politischen Beziehungen beispielsweise zu Oesterreich seien seit 1891 jedenfalls nicht wärmer geworden. Wenn man jetzt 80 Millionen mehr nöthig habe, als die Militär-Vorlage erfordere, so entspreche das gerade der finanziellen Einbuße in Folge Herabsetzung der Zölle. Würden die gegenwärtigen Verträge an-erkannt, so werde es der Regierung immer schwerer werden, den russischen Unterhändler die von ihnen auf Kosten unserer Landwirtschaft verlangten Zugeständnisse zu verweigern. Unserer Industrie bringt namentlich der Vertrag mit Rumänien keinen erheblichen Nutzen. Redner sucht dies im Einzelnen nach zuweisen. Rumänien habe auch gar keine Absicht, der deutschen Industrie Lieferungen zuzuwenden. Das habe sich auch jüngst gezeigt, wo gewisse Lieferungen nicht dem Grunstonwert überzogen worden sein, sondern an französische Werke, trotz der anerkannten Vorzüglichkeit der Grunstonischen Leistungen. Ueberdies gehe man in Rumänien bereits damit um, die ausgemachten Zugeständnisse am Tarif auch allen anderen Staaten zukommen zu lassen. Nach alledem werde die Commission prüfen müssen, ob uns der rumänische Vertrag nicht doch nur Nachtheile bringe, und eventuell sei der Vertrag abzulehnen und die Regierung müsse uns alsdann einen neuen auf anderer Basis vorlegen.

Staatssekretär von Marschall: Der Herr Vorredner hat, — und das bezaugt ich als das Ende gut Alles gut seiner Ausführungen — den Nachweis nicht erbracht, daß der Vertrag der Landwirtschaft schädlich ist. Was die conservative Partei betrifft, so bekämpfen wir nur die Auswüchse ihrer Behauptungen, und ich glaube, auch hier im Hause wird die Partei nicht alles gut heißen, was draußen geschieht. Auch auf die Strömungen im Lande, auf die sie sich berufen, können wir nicht so viel Gewicht legen, denn diese Strömungen sind wechselnd. Früher waren auch die Landwirthe selber im Zweifel, ob ein Zoll für sie gut sei. Und wieder zu einer andern Zeit galt ein Zoll von 3 1/2 Mk. für sehr hoch. Der agrarischen Bewegung ist jedenfalls mit Recht der Vorwurf zu machen, daß sie die Verantwortung in den Händen hat. Schon vorgestern habe ich jedenfalls auf Grund unpassenden Materials den Nachweis geführt, daß die geringe Differenz im Zoll, ob 3 1/2 oder 5 Mk., nicht entfernt die Preise so beeinflusst, wie die sonstige gesamte Conjunction auf dem Weltmarkt. Wie agitiert wird, das zeigt uns ein Artikel, der mir hier vorliegt, der von der schwächlichen Freihand-Isopolitik der Regierung spricht und faecet, daß der Tarif von 1879 v.lassen worden sei. Da muß natürlich der anbehangene Bauer glauben, unser jetziger Tarif sei niedriger, als der von 1879, während er doch viel höher ist! Ebenfalls wichtige Vorstellungen erweckt der Artikel über unsere Handelsbeziehungen zu Spanien. Ferner auch über Rumänien. Der Artikel will glauben machen, der rumänische Tarif sei 3 mal so hoch als der unfrische. Dabei ist es Thatsache, daß im rumänischen Tarif zahlreiche Artikel ganz tollfrei sind, die bei uns mit hohen Zöllen belegt sind. Auf solche Weise — belehrt man die Landwirthe! Nun habe ich aber ferner gestern einen Artikel in der „Neuz-Zeitung“ gelesen über die Auswirkung dieser Verträge auf unser Verhältnis zu Russland, sowie über unsere diesjährigen Handel mit Oesterreich. Danach solle sich unsere Handelsbilanz mit Oesterreich verschlechtert haben. Thatsächlich haben wir aber bisher in diesem Jahre 18 1/2 Millionen Gr. den an Oesterreich weniger bezahlt, als im Vorjahre. Ganz jatzge Ausgaben macht der Artikel über die Ueberwinnung Deutschlands mit russischem Getreide. Der Artikel ist überhaupt maßlos aufreizend. (Sehr richtig!) Er fordert auf, wir sollen lieber mit unseren Verbündeten Krieg anfangen, damit wir wieder zu einem 5-Mark-Zoll kommen können. Ich glaube, die Landwirthe selbst werden meinen, daß ihnen mit solchen Aufreizungen kein Dienst geschieht. (Sehr richtig!) Der Vorredner hat den rumänischen General-Tarif einen Kampftarif genannt. Aber dieser Tarif sollte auf 5 Jahre gelten, und es ist geradezu ein Verdienst von uns, daß wir es durchgesetzt haben, daß schon vor Ablauf dieser 5 Jahre im Verträge mit uns Herabsetzungen dieses Tarifs erfolgt sind. Vor Abschluß dieses Vertrages haben wir unsere Industriellen gehört, und diese haben gesagt, daß das, was wir erreicht haben, im Großen und Ganzen genüge. Und da kommt Herr v. Hammstein und behauptet das Gegenteil. Der Vorredner und Herr v. Bloch haben sehr genau die Gemeinsamkeit der Interessen von Industrie und Landwirtschaft betont. Auf deutschem Boden steht die Regierung, aber dieselbe ist auch überzeugt, daß, wenn Sie den rumänischen Vertrag verwerfen, dies eine Wahrnehmung nicht der gemeinsamen Interessen von Industrie und Landwirtschaft, sondern vielmehr eine ganz einseitige Wahrnehmung nur der agrarischen Interessen sein würde. Redner sieht den Vertrag mit Rumänien ab, so nützen Sie der Landwirtschaft nichts, schädigen vielmehr die Interessen der Industrie und der Arbeiter, und damit mittelbar auch die Interessen der Landwirtschaft. (Beifall.)

Nachdem noch die Abgeordneten Dr. Hammacher (natl.), v. Kardorff (Rp.), Dr. Meyer-Halle (fr. Ver.),

Dr. Bödel (Ant), Dr. v. Dzembski-Varian (Pole) Dr. Schulz-Cupik gesprochen, wird die Debatte geschlossen. Nach einer Reihe persönlicher Bemerkungen wird die Vorlage an eine Commission verwiesen. Hierauf vertagt sich das Haus. Nächste Sitzung Montag 1 Uhr: Etat. Der Vorschlag des Präsidenten, mit der Statberathung die erste Lesung des Finanzreform-Gesetzes zu verbinden wird von den Abgeordneten Compes (Centr), Richter (fr.), Richter, Singer und Marquard (natl.) bekämpft, worauf der Präsident seinen Vorschlag zurückzieht. Schluß 5 Uhr 30 Min.

6. Sitzung. Montag, 27. November. — 1 Uhr.

Auf der Tagesordnung steht die erste Berathung des Etats pro 1893/94 in Verbindung mit dem Anleihegesetz und dem Etat für die Schutzgebiete. Schatzmeister Graf Posadowsky constairt zunächst die bereits aus der vorliegenden Uebersicht pro 1892/93 bekannten Ergebnisse dieses Etatsjahres für die Reichskasse im Ueberschuss von rund 1 1/4 Mill. Mark. Was das Jahr 1893/94 anlangt, so sei deren Resultat (nach Abgabe der bisherigen 7 Monate) wie folgt zu schätzen: an eigenen Einnahmen ein Ueberschuss von 1 1/2 Mill., von dem allerdings ein Dritttheil noch durch den neuen Nachtragsetat (für die Colonien) absorbiert werden würde. Mehreinnahmen seien zu erwarten namentlich bei der Zucksteuer, der Salzsteuer, und der Postverwaltung. Mehrausgaben seien besonders zu erwarten bei der Militärverwaltung (um 10 1/2 Mill.) Was die Ueberweisungen betreffe, so sei an den Zöllen ein erheblicher Ausfall zu erwarten, bei der Fabriksteuer dagegen 1/2 Mill. und der Branntweinsteuer 1 1/2 Mill. Mehreintrag. Ferner bei der Stempelabgabe 5 Mill. Ausfall. Insgesamt würden sich die Ueberweisungen um 4 Millionen niedriger stellen.

Redner geht dann auf die einzelnen Ziffern des jetzt vorliegenden Etats pro 1894/95 ein und fährt fort: In Bezug auf die Einführung des Systems der Alterszulagen bei der Postverwaltung habe eine Einigung mit dieser Verwaltung nicht erzielt werden können; namentlich auch nicht betreffs der mittleren Beamten, da bei diesen fortwährend ein Aufwärtigen in höhere Stellen stattfindet. Bei der Veranschlagung der Zolleinnahmen sei der Herabsetzung der Zölle auch gegenüber weiteren Staaten dadurch Rechnung getragen, daß bei den Getreidezöllen ein gegen das Vorjahr um 4 1/4 Millionen geringerer Betrag angesetzt sei. Was die gesamte Finanzlage anlangt, so wolle man sich die Einzelstaaten — wenn man das Verhältnis von Matrikularumlagen und Ueberweisungen berücksichtige — gegen 1892/93 um 109 Millionen schlechter stellen. Dabei hätten keineswegs zu niedrige Veranschlagungen der Einnahmen stattgefunden, wie namentlich hinsichtlich der Zölle durch den Verlauf des Jahres 1893/94 erwiesen werde. Und wenn man die Höhe der Schulden des Reiches, beinahe 2 Milliarden, ansehe, so werde man zugeben, daß das Bestreben durchaus berechtigt sei, möglichst hohe Einnahmen im Ordinarium zu beschaffen. Man habe freilich auch versucht, den Etat als einen ziemlich günstigen zu bezeichnen, aber dazu liegt in den Thatsachen kein Grund vor. Es bedürfte vielmehr durchaus der Eröffnung neuer Einnahmequellen. Andererseits würde man sich sicher nicht entschlößen haben, sich dem concentrirten Feuer dreier Interessentengruppen durch Vorschlagung dreier neuer Steuern auszuliefern. — Vor einem Jahre sei zwar angenommen worden, daß aus der natürlichen Entwicklung der Einnahmequellen des Reiches bis 1898/99 eine Mehreinnahme bis dahin um 114 Millionen zu erwarten sei. Aber nach dem übereinstimmenden Urtheil aller Reichsbehörden reducirte sich diese Summe auf 70 Mill. Und dieser Einnahmesteigerung stehe eine ebenso beträchtlich natürliche Ausgabesteigerung gegenüber. Schon nach dem vorliegenden Etat bräuden wir 53 1/2 Millionen mehr, dazu 10 Millionen rückständige Ausgaben. Bis 1898/99 würden sich noch rund 92 Mill. Mk. an neuen Ausgaben einstellen, einschließlich der neuen militärischen Ausgaben. Schon jetzt sei die clausula Franckenstein völlig paralytisch, denn die Matrikularbeiträge überwiegen die Ueberweisungen, obwohl doch der Zweck jener Clausel gewesen sei, den Einzelstaaten Zuschüsse zuzuführen. Das sei schon jetzt eine Quelle größter Verlegenheiten, das zeige sich in Preußen. In der jetzigen Lage des Etats sei deshalb ein ernster Anlaß gegeben, zu prüfen, ob man nicht, den Gedanken und der Absicht der Reichsverfassung entsprechend, das Reich finanziell emancipiren müsse.

Abg. Frtzen (Düsseldorf, Centrum) geht zunächst auf die Frage der Alterszulagen in der Postverwaltung ein. Gegen dieses System sei eingewendet worden, daß durch seine Einführung die Post-Unterbeamten sogar geistlos werden würden. Das wolle der Reichstag natürlich nicht. Diese Angelegenheit sei daher in der Commission näher zu prüfen. Ebenso die vorgeschlagene Beschaffung zweier neuer Unterstaatssekretärstellen, so namentlich derjenigen bei der Postverwaltung. Näher eingehen müsse er ferner auf Militär-, Marine- und Colonialetat. Für seine Partei habe in der Colonialfrage stets die moralische, die Missionarfrage den Hauptwert gehabt. Von diesem Standpunkte aus werde seine Partei, wie bisher, alles Nöthige bewilligen, den Etat aber dazu scheinbar genau prüfen. Sehr befreundet habe ihn ein Artikel der Sol-Ztg., welcher gegen die Gegner der Militärvorlage in schroffstem Tone gehet habe. Er könne sich nicht denken, daß der Vorstand der Colonialgesellschaft diesen Artikel billige, aber er vermisse in dieser Beziehung noch ein officielles Verment. Wolle man etwa ihn nicht seinen Freunden auch zu Gunsten der Colonialpolitik machen? Sehr bedauernd seien die Mehrforderungen des Militär-Etats. Und im Gegensatz zum Schatzsecretär glaube er doch, daß hier noch Kürzungen möglich seien. Er wolle da auch einige Uebelstände berühren: auch neuerdings seien wieder Mißhandlungen von Soldaten vorgekommen. Außerdem zeige er auf Hannover und die dort in Erscheinung getretene Spielwuth, sowie auf den unterfrenken Verkehr der betr. Herren mit Weinen, Bäckereien, die man sonst außer Acht läßt. Allerdings dürte man nicht übertreiben und solche Einzelvorgänge der ganzen Armee zur Last legen. Einen Punkt bitte er dabei noch. Diese Spielwuth käufte immer an die Wette. Daher gebe er — auch den Civil-Bejohden — zu erweisen,

ob nicht der Totalfaktor abzuschaffen und die Urlaube zu den Weitreuen einzuschränken seien. Bei der Marine würde zu prüfen sein, ob nicht eine Verlangsamung der Vermehrung der Waisenschiffen stattfinden könne, ebenso sei Prüfung nöthig in Bezug auf das Maß der Indienststellungen. Was den Neubau von Schiffen betreffe, so sollte man es nicht mehr so, wie bisher, dem Zufall überlassen; vielmehr sollte sich nachgerade ein communis opinio bilden über das, was zweckmäßig sei. Die Marine habe zwei Zwecke: Küstenschutz und Schutz der Deutschen im Auslande. Was für diese Zwecke erforderlich sei müsse bewilligt werden. Zwei andere Zwecke dagegen mißbillige er nicht: 1) den Zweck der Beschaffung einer Hochseeflotte, 2) unsere Flotte so stark zu machen, daß sie auch im Kriegsalle unseren Handel schützen könne. Das vermöge ja selbst die große englische Marine nicht völlig. Nach diesen Gesichtspunkten sei zu beschließen, was zu bewilligen sei und was nicht. An unserer Reichsschuld sei bedrohlich, daß sie jedes Jahr steige und daß wir sie nicht tilgen. Auch in dem laufenden Etat wurden wieder rund 100 Millionen einmalige Ausgaben, welche eigentlich aus den laufenden Einnahmen bestritten werden müßten, auf Anleihe übernommen, so für Kalernen u. Da begreife er auch sehr gut, daß der Finanzminister diesmal seine ursprüngliche Idee, Schulden zu tilgen, wieder habe fallen lassen. Er halte die Idee verlosbarer Staats- und Reichsschuldenscheine für sehr zu empfehlen. Dann bestete für Staat und Reich eine Verpflichtung zur Schuldentilgung. Der Schatzsecretär möge diese Frage erwägen. Er komme jetzt auf die Einnahmen des Etats, Zölle und Verbrauchssteuern. Die jetzt über 600 Millionen Mk. brächten. Eine so colossale Summe habe ihre Consequenzen. Er ziehe die Consequenz, daß der Gedanke das System der indirecten Steuern, durch ein directes zu ersetzen, eine Illusion sei. Er ziehe weiter die Consequenz, daß im Reich das allgemeine, directe, gleiche Wahlrecht fortbestehen müsse. Dieses Wahlrecht sei das Correlat der indirecten Steuern, an ihm darf nicht gerüttelt werden. Auf die Reform der Reichsteuer wolle er heute nicht eingehen. Er und seine Partei könne ja mit veränderten Armen dasitzen und zusehen, wie diejenigen, welche die Militärvorlage bewilligt haben, auch die Gelder dafür beschaffen. Sollten wir, so schließt Redner, das thun, so wäre das unklug. Nein, wir werden mit Treue und Hingebung dazu beitragen, die Gelder für das Reich zu beschaffen. (Beifall.) (Fortsetzung folgt.)

Standesamtliche Nachrichten.

Vom 26. November. Heiraths-Ankündigungen. I. Schneider Josef Sauer, kath., Nicolaitstraße 33, und Agnes Kays, kath., daselbst — Haushälter Artur Schelauke, evang., Einhornstraße 2, und Anna Weis, kath., daselbst — Maurer August Stephan, evang., Hirtengartenstraße 39, und Bertha Wendig, evang., Bischofsstraße 10 — Bäcker Wilhelm Böhm, kath., Berlinerstraße 40, und Anna, adoptirte Hienich, geb. Neumann, evang., Berlinerstraße 56. — Kaiser Friedrich Bachsch, evang., Sacienstraße 18, und Bertha Pipale, kath., hier. — Haushälter Hermann Roß, evang., Sedanstraße 30 und Martha Langner, kath., hier. — Sergeant August Beule, evang., Neu-Bretsch 1. E., und Gertrud Laube, kath., Hohrauerstraße 3. — Zimmermann Ernst Buchwald, evang., Löschstraße 12, und Pauline Späler, ev., hier. — III. Schneider Robert Reitz, evang., Reichestraße 27, und Anna Köffelbein, kath., Kleine Schillingstraße 4. — Arbeiter August Becker, evang., Kreuzstraße 1, und Johanna Pawlowitz, ev., daselbst. Eheschließungen. I. Sparfassen-Rebent August Knöfel, kath., in Frankenstein, mit Hedwig Klünzer, kath., hier. — Stellmacher Carl Jöner, ev., mit Marie Hübscher, kath., hier. — II. Mezzalmeister August Schumann, kath., mit Meta Ziffert, ev., hier. — Schmied Paul Wobrynet, kath., mit Anna Witwer, ev., hier. — Missionar Theodor Hermann, kath., mit Anna Glomba, kath., hier. — Arbeiter Max Humagel, ev., mit Pauline Wandschütz, geb. Olack, ev., hier. — Kaufmann Paul Rüd, kath., mit Clara Hanke, ev., hier. — Lieutenant Friedrich Braunshren, ev., Berlin, mit Wanda, Fein v. Firk, ev., hier. — Kaufmann Ernst Bogel, ev., mit Emma Gessel, ev., hier. — Kaufmann Reinhold Hanke, ev., mit Martha Müller, ev., hier. — III. Klempner Paul Mehrfort, kath., mit Anna Seidel, ev., hier. — Brenner August Kasper, kath., mit Anna Zwilner, kath., hier. — Schneider Ernst Schaff, ev., mit Rosina Schneider, ev., hier. — Arbeiter Gustav Opik, ev., mit Clara Haack, ev., hier. Geburten. II. Kaufmann Franz Przewalski, kath., L. — Arbeiter Paul Breton, kath., S. — Korkschneider Theodor Finke, freirei., L. — Wollschneider Wilhelm Hillert, ev., S. — Kaufmann Moritz Danziger, jüd., S. — Kessel-Schmied Andreas Holzkast, kath., L. — Arbeiter Ernst Bernicht, ev., L. — Eisenbahnführer Josef Stein, kath., L. — Barmarburger Hermann Babusa, ev., S. — Landwirth Wilhelm Winkler, ev., L. — Arbeiter Augustin Diedler, kath., L. — Kaufmann Alfred Bol, ev., L. — Fleischer Carl Mikulle, ev., S. — Lagerhalter Carl Sternitz, ev., S. Breslau 27. November. (Amtlicher Producten-Börsen-Bericht). Roggen (per 100 Kilogramm) per November 126,00 G., Pfiser (per 100 Kilogramm) per November 157,00 G. — Haaböl (per 100 Kilogramm) — geandigt — Str., loco, in Qualitäten à 50 Kilogramm — per November 48,00 B., per April-Mai 48,50 B. — Spiritus per 100 Liter (à 100 pEt.) ohne Faß; gelb. 50 und 70 Mark Verbrauchsabgabe, gef. — Str., abgelieferte Kündigungscheine — per November 50er 48,50 G., 70er 29,00 G. Zink ohne Umfaß. Breslau, 27. November. (Breslauer Weichmarkt.) Weizen-Ausgangsmehl per Brutto 100 kg incl. 23,50 M. — Weizen-Semmelmehl per Brutto 100 kg incl. 20,50 — 21,00 M. — Weizen-Mehl per Netto 100 kg in Käufers Säcken a) inländisches Fabrikat 8,80 — 9,20 M., b) ausländisches Fabrikat 8,40 — 8,80 M. — Roggenmehl fein per Brutto 100 kg incl. 20,50 — 19,00. — Futtermehl per Netto 100 Kilogramm in Käufers Säcken: a) inländisches Fabrikat 9,40 — 9,80 M., b) ausländisches Fabrikat 9,00 — 9,40 M.

Theater-Nachrichten.
Stadt-Theater.
 Direction: Dr. Theodor Loewe.
 Dienstag:
 „Der Waidhüh.“
Lobe-Theater.
 Direction: Fritz Witte-Wild.
 Dienstag:
 „Ein Ehrenwort.“
 Mittwoch:
 „Ein Ehrenwort.“
 In Vorbereitung:
 „Charly's Tante.“
 „Dimitrius Seratius Blacens“

Socialdemokratischer Verein für Breslau und Umgegend.

Lesezimmer Nr. I.
 P. Saller's Restaurant, Andersohnstraße 4.
 Mittwoch, den 29. November, Abends 8 Uhr:
 Tages-Ordnung: 1. Fortsetzung des Vortrages: Unsere Rechtspflege.
 Referent: Genosse Kühn. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.
 Zahlreiches u. pünktliches Erscheinen erwünscht. Aufnahme neuer Mitglieder.
 Gäste haben Zutritt.

Lesezimmer Nr. II
 Rührer's Local, Schumann 28 (Dahof).
 Mittwoch, den 29. November ist folgende Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen Re actor Friedrich: Socialdemokratie u. Socialliberal.
 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.
 NB. Der hochinteressante Tagesordnung wegen empfehlen wir den p. t. Genossen recht zahlreich und pünktlich zu erscheinen.

Gesangsabtheilung.
 „Drei Lauben“, Neumarkt Nr. 8.
 Jeden Freitag Abends 8 Uhr:
 Übungsstunde unter Leitung eines tüchtigen Dirigenten. — Aufnahme neuer Mitglieder erfolgt im Januar. — Beiträge zum Verein werden entgegen genommen.
 Außerdem werden die Parteigenossen, insbesondere die Vereinsmitglieder darauf aufmerksam gemacht, daß im Vereinslocal „Drei Lauben“ folgende Parteizeitungen zu freier Benutzung ausliegen: „Vorwärts“, „Echo“, „Wähler“, „Frankische Tagespost“, „Proletarier“, „Volkswacht“.
 Der Vorstand.

Gewerkschafts-Partei für Breslau und Umgegend.
 Mittwoch, den 29. November, Abend 8 Uhr in Edlich's Brauerei Neumarkt 8, (Drei Lauben)
Mitglieder-Versammlung.
 Tages-Ordnung: 1. Die Errichtung eines Kunstwerks-Bureau.
 2. Die Notwendigkeit eines Arbeitsamtes; Referent: Genosse Neufirch.
 3. Diskussion. — Zahlreiches Erscheinen erwünscht.
 Der Vorstand.

Allgem. Kranken- u. Sterbe-Kasse der deutsch. Drechsler u. deren Berufsgenossen (E. H. 86. Hamburg.)
Mitglieder-Versammlung.
 Sonntag, den 3. Dezember 1893, Vormittags Punkt 11 Uhr in Edlich's Brauerei, Neumarkt 8 (3 Lauben).
 Tages-Ordnung: 1. Rechenschafts-Bericht des I., II. u. III. Quartals 1893.
 2. Delegirten-Wahl zu der am 25. Dezember 1893 in Magdeburg stattfindenden General-Versammlung. 3. Neuwahl der Ortsverwaltung.
 Die Ortsverwaltung.

Haynau. Haynau.
Partei-Versammlung
 Sonnabend, den 2. December ex., Abends 8 Uhr, im „Goldenen Löwen.“
 Tages-Ordnung: 1. Jahresabrechnung der Vertrauensverien. — 2. Wahl der Vertrauensverien. — 3. Delegirtenwahl zum schlesisch-polenischen Partitag. — 4. Anträge und Verschiedenes.
 Der Vertrauensmann.

Rum-, Spirit- und Liqueur-Fabrik.
Edwin Delahon,
 Fabrik: Neumarkt 6. Filiale: Friedrich-Wilhelmstraße 40 b. Telephon Nr. 807. 1874

2931 Laichenstraße 2931,
 im neuen Schulhaus, größtes christliches 1555
Herren- und Knaben-Garderobe-Geschäft.
 Bedeutend vergrößertes Lager fertiger Garderobe, reich sortirtes Stofflager für Maßbestellung. Jeder Auftrag wird prompt und gewissenhaft erledigt, zum billigen Preise berechnet.
 Es hiet alle christlichen Gönner um geneigten Zuspruch
Wilh. Schroll, früher Poststr. 3.

Rohtabake!
 Sumatra, gute Decken, a Pfd. Mk. 1,50, 1,70, 2,00, 2,40, 3,00, 3,60.
 Carma la la Umblatt a Pfd. Mk. 1,15.
 Felix-Einlage und Umblatt von 1,15 bis 1,40 Mk.
 Pfälzer Einlage und Umblatt von 0,65 bis 0,80 Mk. 1468
 Gras, hainbei von Mk. 0,25 bis 0,50.
 Ferner: Java-Umblatt, Havana, Cuba empfiehlt billigt
Johannes Kubis, Gneisenauplatz 1.

Echte, halbechte Hamburger
 Sammt- und Schiffertuchhosen, Maurer-Blousen und Jaquets, Herren- und Knaben-Anzüge, Herren-, Damen- und Kinderwäsche giebt es nur in bekannt größter Auswahl und staunend billigen Preisen bei
M. Aschkowitz 1073
 Breslau, 15, Scheitniger-Straße 15.

Das größte Lager am hiesigen Platze
 von
Normalhemden für Herren und Damen
 1,00, 1,25, 1,50, 2,00, 2,00 Mark.
Unterbekleider für Herren, Damen und Kinder
 von 50 Pf. bis 3 Mark,
Gestrickte Westen für Herren und Knaben
 von 1,50 bis 6 Mark,
Handschuhe für Damen, Herren und Kinder,
 Trikot, Strick, Glacé und Krimmer, vom billigsten bis bestem Genre, seidene und halbseidene, für Damen, Herren und Kinder. Große Gelegenheitskäufe.
Cravatten.
 Täglicher Eingang von Neuheiten, bekannt größtes Lager und spottbillig.
 Vortheilhafte und billigste Bezugsquelle für
Weihnachtsgeschenke nur bei
Lucas Nachf. Fraenkel,
 54 Schmiedebrücke 54,
 Neubau. — Neubau.
 N. B. Auf Firma bitte genau zu achten, da mein Geschäft sich nur in meinem eigenen, neu erbauten Grundstück Nr. 54 befindet. 1702

Eschen ist erschienen und durch die Expedition der „Volkswacht“, sowie durch alle Colporteurs zu beziehen:
Sammlung socialistischer Jugendschriften.
Hans Röder's Abenteuer.
 Von Theobald Werra.
 32 Seiten mit 15 vorzüglichen Illustrationen. — Preis 10 Pfennige.
 Jeder Partei-Genosse kaufe diese schöne Erzählung, die zum ersten Male in der Jugendliteratur dem socialistischen Gedanken Rechnung trägt. Diese Schrift ist geeignet, in die Herzen der heranwachsenden Generation den socialdemokratischen Geist zu pflanzen und den Keim zu jenem Kampfesmuthe zu legen, der den Proletarier allein den Weg zu seiner Befreiung eröffnen kann.

Gekrönte Häupter.
 Nr. 1: (Gharinas II. v. England) conf. gewesen und wieder freigegeben.
 Nr. 2: (August d. Starke v. Sachsen). Nr. 3: (Papst Alexander VI.)
 Nr. 4: Carl Leopold v. Mecklenburg Nr. 5: Ludwig der XIV. v. Frankreich.
 Nr. 6: Philipp II. v. Spanien.
 Preis pro Nummer 20 Pfg.
 Zu beziehen durch die Expedition der „Volkswacht“.
 Eine Welt- und Lebensanschauung für das Volk mit besonderer Berücksichtigung der wirthschaftlichen und gesellschaftlichen Fragen von J. G. Vogt.
 in 50 wöchentlichen Lieferungen zu je 10 Pf. = 6 Kr. 5. W.
 Zu beziehen durch die Exped. der Volkswacht.

Gelesene Nummern
 des „Wahren Jakob“, des „Bonillon“ etc. zur Agitation nimmt entgegen die Exped. der „Volkswacht“.
 Alle die „Volkswacht“ betreffenden Beschwerden 70 Pf. an bei S. Mayer, Friedrich-Preßkommission, Humboldtstr. 7. 1624
 Arbeiterhemden und Hosen von 70 Pf. an bei S. Mayer, Friedrich-Wilhelmstr. 7. 1624
 Eine neue Nähmaschine steht für die Hälfte des sonstigen Werthes zum Verkauf. S. Mayer, Friedrich-Wilhelmstr. 7. 1624
 zu richten.

Reste
 Bad-, Parkin- u. Duffel-
 Stoffe, geeignet zu Paletots,
 Hosen u. Knaben-Anzügen,
 werden zu Spottpreisen verkauft.
Ohlauerstraße 9, 1.
 Schneider wird empfohlen.
 Echtes
Sloudorfer Bitter
 a Liter Mk. 1,20. 1668
 a Liter Mk. 1,00 u. 1,50
 Brenner-Horn a Liter Mk. 0,60
C. Scholz, Nicolaistraße Nr. 32.

Kauf und Verkauf
 von Betten, Wäsche, Kleidungsstücken, Möbel, Wand- und Taschenuhren, Wecker und verschiedene andere Artikel zu zeitgemäßen Preisen. 1642
Kauf- und Verkaufsgeschäft
Oderstrasse 18/19.

Gelegenheitskauf!
 Herren-Anzüge in Zeug, Jaquet gefüttert v. 7 Mk. an.
 Herren-Anzüge in Stoff von 9 Mk. an.
 Herren-Anzüge in Stoff, beste Qualität von 17,50 Mk. an.
 Samtgarnhosen von 4 Mk. an.
 Arbeiterhosen von 1,25 Mk. an.
 Arbeiterhosen, engl. Ripps von 1,75 Mk. an.
 Arbeiterhosen, engl. Leder von 2,25 Mk. an. 974
 Knaben-Anzüge v. 1,50 Mk. an.
 Knaben-Paletots v. 3 Mk. an.
 Herren-Heberzieher m. Wollfütter von 10,50 Mk. an.
 Herrenjoppen von 6,50 Mk. an.

L. Fraenkel
 Bohrauerstraße 27.

Zur billigen Stube.
 Klosterstr. 55a, I. Et.
 an der Feldstraße Eingang durch den Hader-Laden.
 Neu eingetroffen:
 Pigeons u. Winterkrampfwolle in allen Farben, Lage 10 u 15 Pf.
 lange Weiße 20 Pf., prima 25 Pf.
 Warme Kinder-, Frauen-, Herren- und Normal-Hemden, auch Strickagen recht billig, Unterbekleider, Wäsche, Bettzeug u. auch sammtliche hierzu passende Waaren.
 Durch Erzip reich von Ladensweite begünstigt mich mit dem kleinsten Haben bei streng reeller Bedienung. 1676
Robert Cohn
 Kloster-Straße Nr. 55a, I. Etage
 an der Feldstraße
 Eingang durch den Haderladen.